

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis halbjährlich 1,10 M., monatlich 20 Pf., vierteljährlich 30 Pf., freier Postzuschlag. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postzuschlag 10 Pf. pro Monat. Bestellungen in die Post-Verwaltung zu richten. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Bestellungen nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgespaltene Zeile zwei oder deren Raum 20 Pf., für politische und gewerkschaftliche Verordnungen und Bekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Stehende und schließliche Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 29. September 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Freisinnige Steuerpolitik.

Immer größer wird mit dem fortschreitenden Inkrafttreten neuer Steuererlasse aus dem Steuerbüfett des Schnapsbloss der Unwille über die ungeheuerliche Belastung nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern auch in den Kreisen des sogenannten Mittelstandes. Nur durch einen ungewollten Glückzufall sind die Freisinnigen davor bewahrt geblieben, diese Belastung voll auf ihr Schuldkonto nehmen zu müssen. Hätten die Konservativen nur zugestimmt, daß ein winzig kleiner Bruchteil des neuen Kundzuges durch eine wenn auch noch so verhunzte Erbschaftsteuer aufgebracht würde, die Freisinnigen hätten, um nur im Block bleiben zu dürfen, um nur weiter die Regierungssonne auf sich scheinen zu sehen, mit Wonne den ganzen Rest der indirekten Steuern geschuldet. In der Kommission hatten sie der neuen Belastung bereits zugestimmt; sie hatten gestimmt für die Biersteuer, für die Tabaksteuer und sie waren auch für die Branntweinsteuer zu haben, — nur wollten sie, daß die Liebesgabe im Laufe der Jahre immer mehr ermäßigt und schließlich beseitigt werden sollte. Der Termin für die Beseitigung der Liebesgabe war aber nach dem freisinnigen Antrage so weit hinausgeschoben, daß der Antrag als ernst gemeint kaum aufgefaßt werden konnte.

Gleichzeitig mit diesen Steuererlassen im Reich wurden nun auch im preussischen Abgeordnetenhaus Steuererlasse beraten. Die Einbringung dieser neuen preussischen Steuererlasse war notwendig geworden, weil Militarismus und Marinismus auch bereits verheerend auf die bis vor kurzem noch blühenden Staatsfinanzen Preussens zu wirken begannen und der Finanzminister bei dem durch die Krisis verschuldeten Zurückgehen aller Ueberschüsse aus den staatlichen Betriebsverwaltungen für die neuen Beamtenbefoldungsordnungen neuer Einnahmequellen bedurfte. Unsere Genossen betonten in diesen Beratungen bei jeder Gelegenheit, daß es durchaus falsch und verkehrt ist, die Steuererlasse der Einzelstaaten losgelöst von der Besteuerung im Reich zu betrachten. Nur auf diese Weise ist es nämlich der Regierung und den bürgerlichen Parteien möglich, zu ziffermäßigen Ergebnissen zu kommen, aus denen angeblich hervorgehen soll, welcher großen Anteil an den Staatslasten die bestehenden Klassen in der Form der direkten Steuern tragen. Zieht man hingegen die Steuerlasten im Reich und Preußen zusammen, wie das notwendigerweise geschehen muß, da ja ein und dieselbe Person Steuerträger im Reich und in Preußen ist, so ergibt sich ein ganz anderes Bild, von dem die bürgerlichen Klassen nicht gern sprechen hören.

Um die neuen Einnahmequellen nun zu beschaffen, sollte nach dem Vorschlage der Regierung u. a. das Einkommensteuergesetz derart geändert werden, daß von Einkommen über 7000 M. an der bestehende Tarif erhöht wird und zwar zunächst durch geringe, dann durch sich allmählich steigende Zuschläge, so daß bei Einkommen von 100 000 M. der Höchsttarif von 5 statt wie bisher 4 Proz. erreicht wird. Als Erleichterung für die kleinen Einkommen war eine Ausdehnung des sogenannten Kinderprivilegs vorgesehn. Steuerpflichtige, deren Einkommen den Betrag von 3000 M. nicht übersteigt, sollten beim Vorhandensein von zwei Kindern um eine Stufe, von drei bis vier Kindern um zwei Stufen, von fünf und mehr Kindern um drei Stufen ermäßigt werden.

In der ersten Beratung am 31. Oktober 1908 erklärte nun der freisinnige Wortführer, Abg. Dr. Wiemer, folgendes: „An, meine Herren, ist aber meinen Freunden doch fraglich, ob die Grenze von 7000 M., von der an eine Erhöhung der prozentualen Besteuerung anfangen soll, richtig gegriffen ist. Gestern sind darüber auch von anderen Seiten Ausführungen gemacht worden. Der Herr Finanzminister hat die Wahl dieser Grenze von 7000 M. damit begründet, daß man Rücksichten auf die Angehörigen des Mittelstandes nehmen müsse. Herr v. Wappenheim hat auch warme Worte für den Mittelstand gehabt. Aber ich glaube, damit steht in Widerspruch, wenn er dann die Herabsetzung der prozentualen Besteuerung auf Einkommen bis zu 3000 Mark bestrafte; denn er wird nicht erkennen können, daß davon erst recht die Angehörigen des Mittelstandes betroffen werden würden. Wir glauben, daß auch bei einer Grenze von 7000 M. solche Kreise des Mittelstandes in Betracht kommen, denen eine Steuererhöhung in diesem Augenblick außerordentlich schwer fallen würde, und für uns ist die Frage wohl erwägenswert, ob man nicht die Grenze heraufsetzen soll. Wegen der Herabsetzung würden wir uns entscheiden auszusprechen müssen.“

Meine Freunde sind auch mit den Vorschlägen einverstanden, die in bezug auf das Kinderprivileg gemacht werden. Freilich scheint im einzelnen die Regelung noch nicht ausreichend zu sein. Es ist z. B. zweifellos eine Verschlechterung gegen den jetzigen Zustand, wenn die Herabsetzung auf die nächstliegende Steuerstufe erst bei zwei Kindern erfolgen soll. Heute ist ein Abzug von 50 M. für jedes Kind gestattet. Das gewährt die Möglichkeit, daß jemand, wenn die 50 M. in der Nähe der Grenze liegen, in die nächstliegende tiefere Stufe hineinkommen kann, was heute bei einem Kinde ausgeschlossen sein würde. Der Herr Finanzminister hat allerdings in seiner Einleitungsrede davon gesprochen, daß bei 1 bis 2 Kindern eine Herabsetzung in eine niedrigere Steuerstufe erfolgen soll, und ich hoffe, daß der Herr Finanzminister uns darin unterstützt, eine entsprechende Änderung am Gesetz vorzunehmen. Auch ist wohl erwägenswert, ob man nicht dieses Kinderprivileg, statt es auf die Einkommen bis 3000 M. zu beschränken, auf die Einkommen bis zu 5000 M. ausdehnen sollte.“

Der Besetzungsvorschlag ging darauf an die Budgetkommission und hier wurde auf Betreiben der Konservativen ein Beschluß gefaßt, nach dem Zuschläge bereits von allen Einkommen über 1200 M. erhoben werden sollten, und für diesen Beschluß stimmten unsere Freisinnigen in der zweiten Lesung der Kommission! Diese Haltung rief selbst in einem Teile der freisinnigen Presse lebhaften Unwillen hervor und in der zweiten Plenarberatung brachten die Freisinnigen dann einen Antrag ein, der wenigstens die Zensiten von 1200 bis 3000 M. Einkommen von Zuschlägen freilassen wollte. Der Antrag wurde abgelehnt, so daß nunmehr auch die ganz kleinen Einkommen über 1200 M. in Preußen mit Zuschlägen zur Einkommensteuer bedacht sind.

Der Versuch der freisinnigen Wortführer, den Zwiespalt zwischen ihren Worten in der ersten Lesung und ihren späteren Taten dadurch zu rechtfertigen, daß ja das Kinderprivileg gegenüber der Regierungsvorlage noch erweitert sei, insofern nämlich, als nunmehr die Grenze nicht bei 3000, sondern bei 5000 M. gesetzt ist, und bis zu dieser Grenze beim Vorhandensein von je zwei Kindern eine Herabsetzung um je eine Stufe zu erfolgen hat, daß also auf diese Weise eine Entlastung der kleinen Einkommen bewirkt sei, kann nur als kläglich bezeichnet werden.

Aus dem nach dem Stenogramm angeführten Worten des Abg. Dr. Wiemer in der ersten Lesung geht mit aller Klarheit hervor, daß den Freisinnigen die von der Regierung vorgeschlagene Ausdehnung des Kinderprivilegs selbst unter den Voraussetzungen der Regierungsvorlage, Zuschläge erst von Einkommen über 7000 M. zu erheben, noch nicht weit genug ging und daß sie, selbst wenn alle Einkommen unter 7000 M. frei blieben, noch eine Erweiterung des Kinderprivilegs wünschten. Wie kann da, — ganz abgesehen davon, daß nicht alle Zensiten Kinder haben und in den Genuß des Kinderprivilegs kommen — eine nicht bedeutende Erweiterung dieses Privilegs im Ernst zur Rechtfertigung dafür dienen, daß nun mit Zustimmung der Freisinnigen auch die kleinen Einkommen in Preußen Zuschläge zur Einkommensteuer zu tragen haben? Nein, die freisinnigen Fraktionsgrößen sind ganz bewußt umgefallen, um die starken Blockgenossen von der rechten nicht zu verstimmen. Dieses Ziel wurde damals auch erreicht. In der Sitzung vom 19. Februar 1909 spendete der konservative Wortführer, Herr von Hennig-Teichlin, den Freisinnigen folgendes Lob:

„Ich glaube sagen zu können, daß gerade dieser Winter gezeigt hat, wie gutes, fleißiges Zusammenarbeiten die Parteien näher bringt. Wir haben uns alle Mühe gegeben. Der Dank gebührt aber anderen Parteien mehr als uns, weil die Schwierigkeiten an anderer Stelle, wie ich offen anerkennen möchte, noch größer waren als bei uns. Also gerade der anderen Seite kann ich nur unseren Dank dafür sagen, daß sie so großes Entgegenkommen gezeigt hat.“

Was verhält sich gegen solches Lob eine neue Mehrbelastung der kleinen Einkommen in Preußen!

## Um die amtliche Wahrheit.

Ueber die Novemberereignisse liegen heute eine Reihe neuer Meldungen vor. Zunächst behauptet Herr Adolf Stein, daß die Artikel der „Westl. Warte“, die zuerst die Diskussion über die Novemberereignisse in Fluß gebracht hat, von einem Herrn v. Graefe-Goldsee herkommen und nicht dementiert werden können, da dieser Herr ein naher Verwandter des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amte Sternich sei. Allerdings behauptet Herr Graefe, daß Herr Sternich nicht seine Quelle sei.

Sodann äußerte sich in der „Märk. Volksztg.“ wieder der Gewährungsmann, dessen erster Artikel die „Kreuz-Ztg.“ und „D. Tagesztg.“ zu ihrer Stellungnahme veranlaßten. Er sagt zunächst:

„Einige Wälowfreunde, darunter die Neue Welt, Korresp., suchen eine Darstellung der Vorkommnisse zu geben, die von der untrigen abweicht, welche aber total unrichtig ist und keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben kann. Da lehrt gar das alte Märchen mit der unleserlichen Handschrift wieder und aller Wahrheit zum Hohn wird behauptet, daß Unterstaatssekretär Sternich das Interview nicht gelesen hat. Wir stellen fest, daß Unterstaatssekretär Sternich uns persönlich mitgeteilt hat, daß er das Manuskript las und daß er den Auftrag des Reichskanzlers, es auf seine historische Richtigkeit zu prüfen, genau erfüllte. Die „Kreuz-Ztg.“ und die „Deutsche Tagesztg.“ bestätigen denn auch die Richtigkeit unserer Darstellung in allen Einzelheiten. Da kommt man also nicht mehr mit dem Schlagwort der „Entwöhnung“ durch, zumal die Wälowfreunde nur die frühere amtliche Erklärung mitteilen und selbst auf Juvencität keinen Anspruch erheben können.“

Schließlich erklärt die „Märk. Volkszeitung“ nochmals in dürren Worten: Die im „Daily Telegraph“ erschienene Publikation ist vom Reichskanzler beantragt, das in mehreren Abzügen überhandte, mit Schreibmaschine deutlich gedruckte Manuskript ist im Auswärtigen Amt vom Unterstaatssekretär Sternich und dem Geheimrat Alekmet gelesen, und daraufhin hat der Reichskanzler in Nordern die Veröffentlichung genehmigt. Vielleicht begreift jetzt die liberale Presse, daß es sich da doch um eine Angelegenheit handelt, die keine Vertuschung verträgt. Durch unsere gefügigen Bemerkungen hat sich ja das „Berliner Tageblatt“ mit Recht getroffen gefühlt, und es rebanziert sich mit dem Vorwurf, daß der „Vorwärts“ mit der Junkerpresse gemeinsame Sache mache, wobei er gar nicht läge, daß die ganze Kampagne nur begonnen worden sei, um die Situation der

konserverativen Partei wieder zu verbessern und die Ablehnung der Erbschaftsteuer, die zum Rücktritt des Fürsten Wälow führen mußte, als eine patriotische und notwendige Tat hinzustellen.

Nach den Proben politischen Verständnisses und politischer Lokalität, die das Blatt in letzter Zeit geliefert hat, haben wir diesen Vorwurf erwartet; aber geachtet ist er wirklich nicht. Wenn freilich die Liberalen dadurch Wahlgewinne zu machen hoffen, daß sie den Sturz eines Wälows als Verbrechen hinstellen, so können wir ihnen allerdings nicht helfen und sie leider auch damit nicht unterstützen. Uns handelt es sich um die Frage, ob eine deutsche Regierung in einer Angelegenheit von entscheidender Bedeutung den Deutschen Reichstag und das deutsche Volk absichtlich getäuscht hat. Wäre dies der Fall, so wäre eine gründliche Auseinandersetzung mit dem System, das solche unbegrenzte Möglichkeiten der Volkstäuschung einschließt, die wichtigste politische Aufgabe der nächsten Zeit. Eine Aufgabe von ganz anderem Interesse als die lächerlichen Streitereien, ob die Konservativen den Fürsten Wälow Wilhelm II. zuliebe oder zuliebe gestürzt haben. Daß die Konservativen Wälow stürzen wollten, um die Steuerfreiheit der Junker zu retten und jede Wahlrechtsreform in Preußen zu vereiteln, steht unwiderleglich fest. Daß sie wollten, die Abstimmung über die Erbschaftsteuerfrage müsse Wälows Sturz bedeuten, ist gleichfalls erwiesen und wird von ihnen auch gar nicht geleugnet. Wenn aber die freisinnigen Blätter jetzt dieselben Vorwürfe auf Wälow anstimmten, wie dies früher nur die Nationalliberalen getan haben, so beweisen sie damit bloß ihre politische Unzuverlässigkeit.

Nebrigen wird ihnen das nichts nützen. Steht ja auch die offiziöse „Kölnische Zeitung“ die Notwendigkeit fest, daß eine amtliche Erklärung erfolgen müßte, die sie allerdings im vornherein dadurch diskreditiert, daß sie erklärt, sie könne nur das selbe sagen, was Fürst Wälow damals in der „Nordd. Allg. Ztg.“ erklären ließ. Die „Germania“ hat nicht Unrecht, daß eine neue Erklärung keinen allgemeinen Glauben finden würde, wenn sie nicht durch unantastbare Beweisstücke gestützt würde. Nach unserer Meinung wäre es ja allerdings die Aufgabe des Deutschen Reichstages, durch eine parlamentarische Untersuchung Licht in die Angelegenheit zu bringen.

## Zum Wahlkampf.

### Die Selbstverwaltung in Preußen.

Das „Berl. Tagebl.“ schildert einen unglaublichen Fall von Vergewaltigung der kommunalen Selbstverwaltung durch einen Landrat. In Stellingen-Langensfelde bei Hamburg, altes Herr Hagenbed seinen bekannten Tierpark eingerichtet hat, hatte sich der Gemeindevorsteher Dife dadurch das Mißfallen der Minderheit der Gemeindeverwaltung und des hinter dieser Minderheit stehenden Herrn Landrats zugezogen, daß er für die Eingemeindung Stellingen-Langensfelde in Altona eintrat, während der Landrat und die vermutlich aus gewissen privaten Interessen mit ihm zusammengehende Minderheit des Gemeinderats die Absicht verfolgte, Stellingen-Langensfelde mit Nachbarorten zu einer Stadt zu vereinigen, um es in der Oberbörigkeit des Landrats zu erhalten. Als der Landrat und die Minorität der Gemeindevertretung, in der Herr Hagenbed eine einflussreiche Rolle spielt, merkten, daß der Gemeindevorsteher für die Eingemeindung in Altona eintrat, zitierte ihn der Landrat nach dem Restaurant des Hagenbedschen Tierparks, wo er ihn zu überreden versuchte, daß er einen längeren Urlaub antreten müsse. Herr Hagenbed selbst soll dem Gemeindevorsteher die Mittel zu einer Reise nach der Riviera angeboten haben.

Als Herr Dife sich nicht beeinflussen ließ, und der Eingemeindungsvertrag von der Mehrheit der Gemeindevertretung angenommen wurde, erhoben die vier Herren der Minorität Protest gegen die Abstimmung bei dem Landrat. Dieser ließ, trotzdem nach der Landgemeindevorstellung für Schleswig-Holstein dem Kreisrat nur ein Gutachten zuzufügen, während der Bezirksausschuß das Bestätigungsrecht hat, vom Kreisratsausschuß über den Vertragsentwurf ungeschicklicherweise abstimmen. Nach weiteren ungeschicklichen Beeinflussungsversuchen durch den Landrat erhebt eine Kommission der Gemeindevertretung Beschwerde gegen den Landrat beim Regierungspräsidenten. Auf Grund dieser Beschwerde wird eine Untersuchung gegen den Landrat eingeleitet. Daraufhin, so berichten die neu die Majorität der Gemeindevertretung von Stellingen-Langensfelde bildenden Gemeindevorsteher in der Druckschrift, auf die sich das „Berl. Tagbl.“ bei seinen Darlegungen bezieht, „wätet der Landrat“ (es handelt sich um den Geheimen Regierungsrat Scheiff) „in geradezu toller Weise gegen den unschuldigen Gemeindevorsteher Herrn Dife.“ Auf Grund einer neuen Beschwerde der vier Gemeindevorsteher der Minorität wird der Gemeindevorsteher vom Amt suspendiert und das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet. Die Verwaltung der Gemeinde aber wird dem Vertrauensmann des Landrates, dem stellvertretenden Gemeindevorsteher, übertragen, der sich denn auch weigert, das auszuführen, was die Gemeindevertretung im Interesse der Wahrung der Rechte der Selbstverwaltung beschlossen hat!

Inzwischen hat die Mehrheit des Gemeinderats eine Eingabe an den Regierungspräsidenten gerichtet, die abschließend auch dem Oberpräsidenten und auch dem Minister des Innern zugefickt worden ist und in der um Aufhebung der Suspension ihres Gemeinde-



Besteuerung des Reichsfiskus durch die Kommunen.

Die bisherige Steuerfreiheit des Fiskus für Bestuhungen in den Gemeinden soll endlich beseitigt werden. Die verlaute, wird ein Gesetzentwurf über die Besteuerung des Reichsfiskus ausgearbeitet. Der Entwurf soll dem Reichstage in der kommenden Session vorgelegt werden. Es handelt sich hier um einen der zahlreichsten Gegenstände, deren allgemeine reichsrechtliche Regelung nach der Gründung des Reiches zweckmäßig gewesen wäre, der aber mit Rücksicht auf andere gesetzgeberische Aufgaben zurückgestellt wurde. Infolge dessen sind bei der Frage der Besteuerung des Reichsfiskus häufig wiederkehrend Zweifel in Theorie und Praxis aufgetaucht, wiederholt auch Petitionen eingereicht worden, ohne daß es jedoch zu einer endgültigen Regelung gekommen ist.

Die Konservativen und ihr Parteisekretär.

Bekanntlich hat Herr Ludwig Drehm, bisher Sekretär der Konservativen, seinen Austritt aus der Partei erklärt, weil er durch deren standalöse Politik sein Gewissen beschwert fühlte.

Die früheren Parteigenossen Drehm, allen voran die Grabe „Kreuzzeitung“, hatten nichts Gileres zu tun, als die Beweggründe des Mannes zu verächtigen. Nunmehr verabschiedet Drehm den Konservativen eine Abfertigung, aus der sich ergibt, daß jene Herrschaften gut daran täten, recht oft und recht gründlich vor ihrer eigenen Tür zu kehren, statt mit pharisaischem Hochmut unanständig die Angelegenheiten der Sozialdemokratie oder anderer Parteien durchzuheheln.

Herr Drehm schreibt u. a.:

„... So ungern ich jenen vorpommerschen Konservativen, die mit mir in Stralsund und Anklam für die Erbschaftsteuer eingetreten sind, Abbruch tun möchte; wenn nochmals ein so niederträchtiger und dummes Urteil gegen mich veröffentlicht wird wie jetzt in der „Kreuz-Zeitung“, so werde ich ganze Arbeit machen, das heißt, ich werde dann den Verlauf des Kampfes zwischen Anhängern und Gegnern der Erbschaftsteuer und insbesondere die eigentümliche Haltung der dabei in Betracht kommenden konservativen Abgeordneten vorpommers in allen Einzelheiten dokumentarisch darstellen.“

Das wäre eine sehr verdienstliche Leistung, die allerdings nicht zustande kommen dürfte, da die konservativen Drehm's Entlassungen offenbar demagen fürchten, daß sie sich alle Mühe geben, den Mann beileibe nicht zum äußersten zu reizen.

Das Verbrechen des Schnapsbloats an den Tabakarbeitern.

Überaus heftig hat sich nach Eintritt der neuen Tabaksteuer die Reaktion am Arbeitsmarkt im Tabakgewerbe vollzogen, meldet die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“. Der Andrang Arbeitsuchender auf je 100 offene Stellen an den öffentlichen Arbeitsnachweiser im Tabakgewerbe schnellte von 100 im Juli untermittel auf 157 im August hinauf; er hat sich also im Monat des Eintritts der neuen Steuer mehr als verdreifacht. Am empfindlichsten äußerte sich die Reaktion in Hamburg, und zwar besonders bei den männlichen Tabakarbeitern; bei diesen erreichte der Andrang im August eine Höhe von 567. Auch Westfalen, das Königreich Sachsen und Baden sind hart betroffen worden. Die öffentlichen Arbeitsnachweiser dürften dabei in diesem Falle den Andrang eher noch zu niedrig erscheinen lassen, da ein großer Teil der entlassenen Tabakarbeiter in der Annahme, gegenwärtig doch keine Arbeit im Tabakgewerbe zu finden, sich in anderen Berufen nach Beschäftigung umsieht, ein anderer Teil auf die staatliche Unterstützung wartet. Es kommt noch hinzu, daß die wichtigsten Tabakindustrie Braunschweigs und Bremens von der amtlichen Statistik gar nicht erfasst wird und in diesen Bezirken die Entlassungen mindestens so zahlreich waren wie in den anderen. Der Andrang am Arbeitsmarkt läßt nun wohl auf die umfangreichen Entlassungen schließen, die vorgekommen sind, nicht aber zeigt er an, um wieviel der Beschäftigungsgrad in der Tabakindustrie gesunken ist. Die meisten Fabriken haben nämlich ihre Arbeiter nicht entlassen, sondern sie reduzierten die Beschäftigung, so daß den Arbeitern ein empfindlicher Lohnverlust entsteht. Aus zahlreichen süddeutschen Orten wird über durchgreifende Betriebs-einsparungen berichtet, die sich zum Teil sogar auf drei und vier Tage in der Woche erstrecken. Den Heimarbeitern wird vielfach nur die Hälfte des früheren Quantums aufgegeben, vereinzelt auch noch weniger. Die Betriebsveränderungen dehnen sich über das ganze Reich aus: Hannover, Sachsen, Rheinland-Westfalen, Baden, Braunschweig sind alle davon betroffen worden. Infolge der Verschärfungen durch die Steuer in der Lage des Tabakgewerbes hat auch die Streik- und Aus-sperungsbewegung in der Tabakindustrie zugenommen. Entweder es wurde aus Solidarität mit den entlassenen Arbeitern gestreikt oder gegen Lohnreduktionen Front gemacht. Einen besonders großen Umfang nahm der Arbeitskampf in der Zigarettenfabrik Manoli an, der entstand, weil die Firma Arbeiter entließ, nachdem die Arbeitslosigkeit infolge Produktionsrückgang abgenommen hat. Ein für die gegenwärtige Lage in der Tabakindustrie außerdem noch ungünstig wirkendes Moment ist es, daß der Import von Zigaretten und Zigaretten im laufenden Jahre äußerst stark forciert worden ist. Es wurden in den ersten acht Monaten dieses Jahres an Zigaretten 488 400 Kilogramm eingeführt gegen 319 800 Kilogramm in der entsprechenden Zeit 1908. Die Einfuhr von Zigaretten stellte sich in den ersten acht Monaten auf 528 400 Kilogramm, während sie 1908 nur 391 300 Kilogramm betragen hatte. Die Einfuhr von Zigaretten ist demnach um 33 Proz., die von Zigaretten um 24 Proz. größer gewesen als 1908. Besonders im Monat August ist sowohl die Zigaretten- als die Zigaretten-einfuhr überaus stark gestiegen; es wurden im August d. J. 118 600 Kilogramm Zigaretten importiert gegen nur 33 400 Kilogramm im Vergleichsmonat 1908. Die Zigaretten-einfuhr stellte sich in diesem Jahre auf 101 800 Kilogramm, während sie im August des Vorjahres 33 700 Kilogramm betragen hatte. Die Auguststeigerung beläuft sich demnach bei Zigaretten auf 255 Proz., bei Zigaretten auf 90 Proz.

Es braucht keines besonderen Nachweises, daß auch diese Steigerung des Imports auf das Konto der Steuer- und Zollserhöhung und also auf das Schuldkonto des Schnapsbloats, der Junker und des Rentners zu setzen ist.

Der Evangelische Bund.

Im Mannheimer „Städtischen Rosengarten“, in denselben Räumlichkeiten, in denen vor drei Jahren unser Vortag stattfand, hat von Freitag bis einschließlich Sonntag die 22. Generalversammlung des Evangelischen Bundes getagt. Die Teilnehmerliste wies gegen 700 Personen auf, darunter eine sehr erhebliche Anzahl Frauen. Das hängt damit zusammen, daß — genau wie bei den Katholikentagen — viele Leute ihre Sommerreise mit dem Besuch dieser Veranstaltung verbinden! Auf den Katholikentagen hat man sich ja infolge der immer zahlreicher in Begleitung ihrer Männer erscheinenden Frauen genötigt gesehen, für diese besondere Tagungen, fast ausschließlich charitativer Art, einzurichten. So hat denn der Evangelische Bund, der in seinen Generalversammlungen die Katholikentage äußerlich nach Möglichkeit zu kopieren pflegt, für seine Mannheimer Tagung zum erstenmal gleichfalls eine besondere Frauenversammlung eingerichtet, und ein prächtiges Schallmeier aus Halle a. S. hielt einen Vortrag über die Frage: „Wie die evangelische Gesinnung unter den erwerbenden Frauen und

vorsieher gebeten wird. Wie die ganze Affäre enden wird, steht dahin. Einstweilen ist der Landrat Triumphator. Sein Eingreifen in die Selbstverwaltung der Gemeinde aber wird in der Beschreibung der neun Gemeindevertreter mit den Worten charakterisiert:

„So wird die Selbstverwaltung zur Farce. Sie existiert nur so lange, als es dem Landrat und denen, die ihm blindlings gehorchen und auf allen Wegen folgen, wohlgefällt.“

Der Freisinn aber hat es, wie seine Stellung zum Fall Schädling beweist, längst aufgegeben, die Rechte der kommunalen Selbstverwaltung nachdrücklich zu verteidigen!

Wie sehr aber eine Verteidigung dieser Rechte am Plage ist, beweisen die Ausführungen des Heidelberger Professors Alfred Weber auf der kurzzeit in Wien tagenden Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik. Professor Weber sagte dort:

„Wenn wir den Fall Schädling erleben, wenn wir sehen, wie der Begriff der Selbstverwaltung durch die Bureaucratie ersetzt wird durch den Begriff Autorität, müssen wir zu der Anschauung kommen, daß wir in die Hände dieser Bureaucratie keine weitere Macht legen dürfen. (Zuruf: Haben Sie überhaupt eine Selbstverwaltung in Preußen?) Auf dem Papier, ja wohl! Die Bureaucratie schafft Treuerverhältnisse, in denen von der Verfassung mit keinem Wort die Rede ist. (Sehr richtig!) Diese Treuerverhältnisse, die gegenüber einem Bürgermeister bestätigt werden, werden von der öffentlichen Bureaucratie gegenüber jedem Menschen annulliert. (Sehr richtig!) Dazu kommt ein zweites, daß der öffentliche bürocratische Apparat in Wirklichkeit nichts weiter ist, als eine Dependence der politischen Parteienströmungen, der herrschenden Gruppen und der herrschenden Klassen. (Sehr richtig! und Klarheit.) Es ist ein fundamentaler Irrtum, daß die Bureaucratie die Eigentümlichkeit habe, nirgendwo sozial fundamenter zu sein. Ihre sozialen Fundamente findet die Bureaucratie in denjenigen Machtgruppen, die die gesellschaftliche Organisation in der Hand haben. Wir haben Beweise für die Verbindung von Bureaucratie und politischen Parteien gehört, daß jedes weitere Wort überflüssig ist.“

Wer für die Stärkung der Selbstverwaltung der Gemeinden gegenüber den Uebergriffen der agrarischen Bureaucratie ist, der darf bei den vier Berliner Landtagsabgeordneten nicht freisinnig wählen! —

Ein „Uebervinder der Sozialdemokratie“

war es, der am Montag im Gebiet des Landtagswahlkreises Berlin V vor einem freisinnigen Bezirksverein gegen und domerte, einer, der sich wenigstens zutraut, die Sozialdemokratie überwinden zu können, wenn nicht schon heute und morgen, dann doch später mal. Der Schriftsteller Schöler, den im Landtagswahlkreis Berlin V die Freisinnigen für die bevorstehende Neuwahl den Wählern als Kandidaten anbieten, sprach das große Wort gelassen aus, doch ihm danke für diese frohe Botschaft nicht mal Beifall, wohl deshalb nicht, weil seine Redner selber ihm nicht zutrauen, was er verspricht. Womit empfahl er den Freisinn den Wählern aus Berlin-Südost? Er rief die Absichten der Freisinnigen des Reichstages, am Zustandekommen der Reichsfinanzreform mitzuarbeiten, einer „Finanzreform“, die aus den Taschen des deutschen Volkes 500 Millionen Mark neue Steuern herauszuholen sollte. Daß es größtenteils die Arbeiterklasse ist, die diese 500 Millionen hergeben muß, das verschwiegen er weislich. Es sei, sagte er, unvermeidlich gewesen, die 500 Millionen zum Teil durch indirekte Steuern auszubringen. Der Sozialdemokratie passe das nicht, aber es erkläre sich das — sagte er wörtlich — aus ihrer „ehelichen Feindschaft gegen das Kapital“. Dabei sei doch das Kapital nicht ein Feind, sondern der beste Freund der Arbeiter, da es ihm Arbeit und Verdienst gebe. Kurzschichtige Politik sei es, den Lebensinteressen des Kapitals entgegenzutreten. Eine gerechte Verteilung der direkten und indirekten Steuern herbeizuführen, das sei wahrhaft volksfreundliche Politik. Für die Finanzreform in Preußen verpflachte dieser „volksfreundliche“ Politiker den Arbeitern das Blaue vom Himmel herunter. Hinterher aber gab er ihnen einen Fuhrtritt mit der Bemerkung, es entspreche nicht dem Geiste bürgerlicher Freiheit, „de- und wehmütig wie ein Bettler alles von der Allmacht des Staates zu erwarten.“

Es ist richtig: Der „Geist bürgerlicher Freiheit“ verlangt, daß der Arbeiter sich einverstanden erkläre mit der schrankenlosen Ausbeutungsfreiheit, wie die bürgerliche Klasse sie sich gegen das arbeitende Volk wünscht. Daß Herr Schöler die abgedroschene Nebenart wiederholte, die Aussichten der Wahlscheitersreform in Preußen seien durch die Haltung der Sozialdemokratie nicht gebessert worden, das verstand sich von selber; auch das, daß er über Terrorismus bei Landtagswahlen und Vohlotierung antisozialdemokratischer Geschäftselemente jeteris. Aber warten wir ab, rief er, bis das ganze Gebäude, das nur auf Terrorismus aufgebaut ist, zusammenbrechen wird! Die Sozialdemokratie gilt ihm als Reaktion von links, wobei er „unerörtert lassen will, welche Reaktion, ob die von rechts oder die von links, die gefährlichere ist“. Angriffe von links in diesem Augenblick, wo Behrmann-Hollweg das Erbe der Bülow'schen Wadepolitik pflügen zu wollen scheine, seien ganz besonders gefährlich! Da will denn Herr Schöler die Front des Freisinn gegen links richten, und wehe dann der Sozialdemokratie! Nach diesem Taperen sprach noch ein gleich ihm aufreissinniger Dr. Damske. Die Sozialdemokratie habe „erst von der reaktionären Mehrheit des Abgeordnetenhauses einen Denzettel bekommen“ und sich vier Berliner Mandate lassen lassen müssen. Da tut er recht, daß er den Freisinn zur reaktionären Mehrheit des Junkerparlamentes zählt. Er sprach auch einiges von dem Bestreben der rechtsstehenden Parteien, „die breite Masse des Volkes auszupowern“. Auch das war nicht übel, nachdem Herr Schöler die Auspowernspolitik des Freisinn gepriesen hatte.

Freisinn-Terror.

In den Landtagsverhandlungen, die sich mit der Klaffung der vier sozialdemokratischen Landtagsmandate beschäftigten, wurde ja so beweglich über den sozialdemokratischen Terror bei den Landtagswahlen geklagt, und gerade freisinnige Abgeordnete waren es, die am lauteften in Entrüstung machten. Da ist es nun interessant, auch einmal etwas vom Freisinn-Terror zu hören. In der gestrigen Dienstagsnummer der „Staatsbürger-Ztg.“ finden wir eine Betrachtung über die bevorstehenden Berliner Stadtverordnetenwahlen. In dieser Betrachtung werden auch die Aussichten erörtert, die die Antisemiten und Konservativen diesmal haben. Es wird darauf hingewiesen, daß die sogenannte „Bürgerpartei“ früher im Rathaus vertreten gewesen sei durch Dr. Wachler, Pickenbach, Dr. Fentig, Mentzer, Bietzen, Fabritzberger, Pregel und Rechtsanwalt Urid, heute aber über keinen einzigen Stadtverordneten verfüge. Als Grund für diese Tatsache wird der von den Freisinnigen geübte Terrorismus bezeichnet. Es heißt in dem Artikel wörtlich:

„Man muß einmal die Stadtverordnetenwahlen in Berlin mitgemacht haben, um diesen Freisinn-Terror zu verstehen. Da sitzen am Vorstandstisch im Wahllokal der freisinnige Schiedsmann, der freisinnige Armenvorsteher, der freisinnige Bezirksvorsteher, der liberale Pastor, ja womöglich existiert auch noch der freisinnige Polizeikommandant, wie wir es vor kurzem in Noabit erlebt haben. Der konservativ-antisemitische Handwerksmeister,

Gewerbetreibende, Beamte oder christliche Arbeiter kommt sich diesen Herren gegenüber hauptsächlich vor wie das Lamm im Löwenkäfig! Man hat es nicht einmal, nein, hundertfach erlebt, daß sogar Mitglieder konservativer Bürgervereine bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen aus Furcht um die Existenz ihrer Familie zähneknirschend liberal gestimmt haben. „Was sollen wir machen“, ist dann gewöhnlich die Antwort des Schuhmachermeisters Schulze, des Schneidermeisters Müller oder des Zigarrenhändlers Lehmann, wenn man sie deshalb zur Rede stellt. Wir sind im Herzen alle Antisemiten und Konservative. Wenn wir aber heute nicht freisinnig wählen, dann hegen uns die Herren Liberalen morgen die Kundschaft aus dem Geschäft!“

Und wie viele Angehörige des Mittelstandes, die innerlich völlig rechts stehen, bleiben aus Furcht vor der unersöhnlichen Rache des Freisinn überhaupt zu Hause! Die Gesinnung des Berliner Kommunalliberalismus ist geschrieben mit dem Hammer des geschäfteten, geprellten und mumbot gemachten Mittelstandes, ist durchtrönt von den Sehnsüchten der niedergebalteten Anhänger des christlich-nationalen Gedankens und durchzogen mit Hunderten von Weisheiten traurigster Unsicherheit, die unsere städtische Schuldenlast zu nie dagewesener Höhe emporgetrieben hat!

Der Mann, der das Obige geschrieben hat, scheint Weisheit zu wissen. Man ersieht daraus, welcher Heuchelei der Freisinn fähig ist, der sich über angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus entrüstet! Er hält es mit dem unverbrottenen Spitzbubenkniff, bei der Verfolgung aus Leibeshäften „haltet den Dieb“ zu schreien!

Ein siegreicher Kampf um den Achtstundentag in Warschau.

Die schon oft tolgesagte Arbeiterbewegung in Rußisch-Polen hat einen Sieg zu verzeichnen, der unter den obwaltenden Umständen von besonderer Bedeutung ist: die Maurer in Warschau haben eine Aussperrung, durch die man sie zwingen wollte, den Achtstundentag preiszugeben, abgeschlagen. Nach dem großen politischen Demonstrationstreif des Jahres 1905 weigerten sich die Maurer konsequent, länger als acht Stunden täglich zu arbeiten. Im Juli 1908 kam dann eine Abmachung zustande, bei der die Bauunternehmer sich mit dem Achtstundentag einverstanden erklärten, wobei ein Stundenlohn (unter Abschaffung der früher üblichen Tage- und Akkordlöhne) von 25 bis 35 Kopelen (50 bis 70 Pfennig) vereinbart wurde. Nicht minder wichtig ist, daß die Arbeiter mit dem bisher bestehenden — früher ja auch in Deutschland üblichen — System brachen, bei dem die Polizei die unumschränkten Gebieter waren. In Warschau hatte dieses System die schlimmsten Blüten gezeitigt: die Polizei stellten nur Arbeiter ein, die sich „einkauften“, machten willkürliche Lohnabzüge, sägten die Lohnlisten, der Lohn wurde in Wirtshäusern ausbezahlt, deren Wirte den Polizern tributpflichtig waren, das infamste Trudelsystem war im Schwunge; das mörderische System der „Anpötscher“, die durch Prämien und Schnaps veranlaßt wurden, ein rasendes Tempo der Arbeit einzuhalten, um die übrigen Maurer zu zwingen, unter Aufgebot aller Kräfte die Arbeitsleistung zu steigern. Das hörte auf, indem die Arbeiter verlangten, daß sie bei der Einstellung von Kollegen mitzubestimmen haben. Allerdings ging es nicht immer ganz zart zu, und mancher Polter, der die „guten alten Zeiten“ nicht vergessen konnte, wurde per Schublatren vom Bau gefahren. — Die Vortätigkeit blieb allerdings minimal, es wurden nur die dringendsten Bauten ausgeführt. Grund war aber wohl nur zum geringsten Teil der Achtstundentag, sondern die wirtschaftliche Krise einerseits und die Entvölkerung der Stadt andererseits; während der Jahre 1906 und 1907 ging die Bevölkerung stark zurück, denn erstens verließ die Bourgeoisie in Scharen die Stadt und flüchtete vor der Revolution ins Ausland, zweitens wanderten die Arbeiter ab, weil große Arbeitslosigkeit herrschte, drittens sind in dieser Zeit viele Tausende in die Gefängnisse und in die Verbanntung geschickt worden. Es standen also viel Wohnungen leer, die Luft zum Bauen war gering, überdies fehlte es aber auch an Kapital, denn der Kredit war während der Revolutionsjahre verschwunden. Im Jahre 1908 regte sich die Bau-tätigkeit ein wenig. Die Unternehmer hofften nun leicht Maurer zu finden, die zu ungünstigeren Bedingungen arbeiten würden, denn die Zahl der Arbeitslosen war groß und außerdem hatte die Polizei gründlich mit den Organisationen aufgeräumt: die Führer waren verhaftet, die geheimen Organisationen waren zerstört, die Massen losgehört. Aber das schier Unglaubliche geschah: trotz des furchtbaren Elends, trotz des Mangels an festgesetzten Organisationen blieben die Maurer fest. Sie willigten schließlich in eine Reduktion des Lohnes auf 25 bis 30 Kopelen, aber sie weigerten sich standhaft, auch nur 8 1/2 Stunden zu arbeiten.

Im Sommer dieses Jahres begann eine planmäßige Kampagne der Unternehmer, eine Art Obstruktion: man stellte so wenig Maurer als möglich ein, um das Heer der Arbeitslosen noch künstlich zu vergrößern. Es half nichts: die Maurer wanderten zum Teil ab in die Provinzstädte (dort erklärten sie sich bereit, neun Stunden zu arbeiten, in Warschau nicht), zum Teil halfen sie sich damit, daß sie wechselweise arbeiteten: jeder war verpflichtet, einen oder zwei Tage in der Woche einem arbeitslosen Kollegen seine Arbeitsstelle abzutreten. — Am 16. August holten dann die Unternehmer zu einem großen Schlag aus: Die Maurer wurden ausgesperrt und es wurde ihnen erklärt, daß sie nur anfangen dürften, wenn sie neun Stunden arbeiten wollten. Und abermals geschah das schier Unglaubliche: die Arbeit ruhte und unter den vielen hundert hungrigen und veresendeter Leute fanden sich nicht ein Duzend, die die Solidarität gebrochen hätten! Ein kleiner legaler Verband war bestehen geblieben, ein sogenannter „nationaler“, auf ihn setzten die Unternehmer ihre Hoffnung, aber — siehe da — auch er verlagte und erklärte, unter keinen Umständen würden seine Mitglieder länger als acht Stunden arbeiten. Wie üblich, wurde der Vorstand des „legalen“ Vereins verhaftet, trotzdem gar kein Streik vorlag und nicht der Schatten eines Grundes zur Verhaftung da war. Auch das half nichts: ohne jegliche fahbare Organisation blieben die Maurer fest. — Ihre Argumentation ist einfach und klar: weil große Arbeitslosigkeit herrscht, halten wir am Achtstundentag fest, damit möglichst viele Maurer Arbeit finden; würden wir aber in diesem Punkte nachgeben, so wären alle schwer erkämpften Zugeständnisse verloren; deshalb läßt sich über alles reden, aber die Preisgabe des Achtstundentages — nicht. — Alle jene, die in den Revolutionsjahren unter tausenderlei Gefahren nicht müde waren, den polnischen Arbeitern die Grundzüge sozialdemokratischer Taktik im wirtschaftlichen Kampfe einzuprägen, dürfen stolz sein und wenn die Kunde in die Gefängnisse und in die Einöden Sibiriens dringt, werden sie in gerechtem Stolz sich ihrer Schärfer freuen.

An dem Solidaritätsgedahl der Arbeiter zerschellte der Nebermut der Unternehmer. Schon nach einer Woche gab ein Teil von ihnen nach, weil sie die Konventionalstrafen nicht vertieren wollten; die Arbeit wurde aufgenommen. Heute ist die Aussperrung auf der ganzen Linie gebrochen, der Sieg der Arbeiter ist vollständig.



Mädchen zu stärken feil Wir werden es nächstens erleben, daß unsere Fabrikarbeiterinnen von den frommen evangelischen Damen mehr noch als bisher zum Kirchbesuch und zum Eintritt in mütterliche Vereine animiert werden.

Was die diesjährige Generalversammlung besonders auszeichnet, ist die politische Seite der Verhandlungen. Durch die Nebenklänge die Sehnsucht nach dem alten, bei der Finanzreform zu Grunde getragenen konservativ-liberalen Block sehr deutlich hindurch. Ja, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Everling, der geschäftsjährliche Direktor des Bundes, erörterte die Möglichkeit der Neubildung des Blocks sehr eingehend und wies darauf hin, daß die politischen Parteien, die den alten Block gebildet haben, ja noch vorhanden seien und es daher zurzeit in der Hand hätten, das Zentrum von neuem auszusuchen!

Der Bundespräsident Generalleutnant Vossler äußerte sich zu derselben Frage:

Die großen nationalen Parteien im Lande zerstreuen sich. Geht das so weiter, so blüht der Weizen der Ultramontanen und Sozialdemokraten, und die Anechtheit vor drei Jahren ist wieder da. Der Vaterlandsfreund muß wünschen, daß der unselbige Bruderzweig allmählich aufhört. Man mag das Optimismus nennen und über den Versuch spötteln, die parteipolitischen Gegensätze so lässig zu überbrücken. Aber wer sein Vaterland zur Höhe führen will, der kann ohne eine gute Dosis Optimismus nicht auskommen. Wir müssen die Fäden, die gerissen sind, wieder zu knüpfen suchen und uns wieder um die nationale Fahne sammeln. Dann wird neues Leben aus den Ruinen erblühen.

Es besteht also kein Zweifel, daß im evangelischen Bund, dem zahlreiche nationalliberale Abgeordnete — auch Dr. Hieber und selbst der fraktionlose Wasserfall angehören — starke Kräfte tätig sind, um das alte Blockverhältnis wieder herzustellen und das Zentrum wieder auszusuchen. Ob diesen Bestrebungen ein Erfolg blüht, das läßt sich natürlich nicht voraussagen, denn es kommt hierbei ja nicht allein auf die Nationalliberalen und Konservativen an, sondern auch auf die Freisinnigen! Und die würden natürlich politischen Selbstmord begehen, wenn sie nach den Erfahrungen mit den Konservativen nochmals unter dem Deckmantel liberaler Blockpolitik die Konservativen von neuem unterstützen.

### Nationalliberale und Reichsfinanzreform.

In Köln redete am Sonntag in einer nationalliberalen Versammlung der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann aus Dresden über die Reichsfinanzreform. Er richtete scharfe Angriffe gegen das Zentrum, gab aber überflüssigerweise zu, daß auch die Nationalliberalen für neue indirekte Steuern gestimmt haben würden; als jedoch nach dem Willen des neuen Blocks der Besatzslogan leer ausgehen sollte, habe man auch nicht für neue Bier- und Tabaksteuern stimmen können. Die neuen Steuern würden die erwarteten 500 Millionen Mark nicht einbringen. Die Volksempörung sei bei den jüngsten Radikalen über die Nationalliberalen hinweg zur Sozialdemokratie gegangen. Im Verlauf seiner Rede tat Herr Stresemann auch die melancholische Ausrufung: „Wir sind die Besten der Gegenwart und wissen nicht, was uns die Zukunft bringt.“ Der etwas zuversichtliche Ausblick am Schluß des Vortrages wird vom Redner selber also wohl kaum ernst gemeint gewesen sein.

Nicht uninteressant ging in der Diskussion ein linksliberaler Redner mit den Freunden vom rechten Flügel des „Gesamtsocialismus“ um: Herr Kasting gab zwar dem Zentrum, dessen Politik eine einzige große Lüge sei, die Hauptschuld an der Finanznot und den neuen Steuern, er stellte aber fest, daß die Nationalliberalen bereit gewesen seien, den Steuervorlagen der Regierung zuzustimmen, nach denen dem nichtbesitzenden Volke 400 Millionen Mark durch indirekte Steuern aufgeladen werden sollten, während für den Besitz nur 100 Millionen vorgelassen waren! Dieser ungleichmäßige Maß wurde vielfach durch Schlußbrüche unterbrochen.

### Das Vereinsrecht in Schlesien.

Bekanntlich sollte im August im Wahlkreise des Abg. v. Heidebrand, in Miliusch-Trachenberg, eine von sozialdemokratischer Seite einberufene öffentliche Volksversammlung unter freiem Himmel stattfinden, in welcher, unmittelbar vor den Toren der Schnapsbrenner und Volkshauspländerer, über den Weitzug auf die Taschen des Volkes gesprochen werden sollte. Die Versammlung wurde verboten, weil angeblich eine Scharlachepidemie im Orte herrschte. Sofortige Erläuterungen konnten indes selbst in großem Umkreise nichts davon entdecken. Auf die Versicherung wurde ist jetzt der Bescheid des Landrats eingegangen, in dem es heißt:

Bezüglich des durch den Amtsvorsteher ergangenen Verbotes der Abhaltung dieser Versammlung wegen Scharlachepidemie haben die Ermittlungen ergeben, daß allerdings in Miliusch vereinzelte Fälle von Scharlach aufgetreten waren, die aber nach dem Gutachten des königlichen Kreisarztes nicht den Umfang einer Epidemie angenommen hatten. Das ergangene Verbot des Amtsvorstehers ist daher nicht gerechtfertigt.

Dem Amtsvorsteher ist im vorstehenden Sinne das Erforderliche eröffnet worden.

Vier volle Wochen hat es gedauert, ehe der — gefesselte Beamte einen sanften Wind von oben erhalten hat. Aber was hilft, die Versammlung wurde hintertrieben und der Bier gibt kein Lokal nicht mehr her, aber nicht etwa deshalb, so beteuert er, weil er etwa heinführt worden wäre. — Nichtsdestoweniger werden aber die Wähler des Herrn v. Heidebrand die wahren Ursachen der Steuerpländerung erfahren und dies trotz aller — Scharlachepidemie!

### Die „Staatsbürger-Zeitung“ schweigt weiter.

Auch die heutige Nummer des Antisemitenorgans enthält kein Wort über die angebliche Affäre Hengsbach. Es wird also weiter frech untergeschlagen. „Deutsche“ Wahrhaftigkeit!

### Nach bekanntem Schema.

Eine ungemein harte Strafe wegen einer Rappalle verhängte das Dresdener Kriegsgericht gegen den 30 Jahre alten Landwehrmann Kunath, der sich wegen Achtungsverletzung, Ungehorsams, Beharrens im Ungehorsam, ausdrücklicher Wehersatzverweigerung und Beleidigung verantworten mußte. Im Juni d. J. wurde K. zu einer vierzehntägigen Landwehrstrafe beim 64. Artillerie-Regiment in Pirna eingezogen. Eines Abends fuhr er mit seinem Rade rechts der Straße durch die Stadt. Ihm entgegen kam ein Wägelchen, der der Verkehrsordnung zuwider links fuhr. Als K. ziemlich nahe heran war, befahl ihm der Feldwebel auszuweichen! K. tat dies auch, sagte aber: „Sie haben nicht links zu fahren und mit mir auch nichts zu befahlen!“ Durch diese Ausrufung fühlte sich der Feldwebel beleidigt! Er stellte den Landwehrmann zur Rede. Dieser soll dabei eine „unmilitärische“ Haltung eingenommen haben. Auf die Aufforderung, mit nach der Wache zu gehen, erwiderte K.: „Ich gehe nicht mit!“ Der Feldwebel packte den Landwehrmann an der Brust an und wollte ihn arrestieren, ließ aber schließlich davon ab. K. begab sich freiwillig nach der Wache, wo er sich achtungsverletzend benommen haben soll. Vor Gericht gab er an, daß er über das Auftreten des Feldwebels erregt gewesen sei. Er habe nur sein Recht behaupten wollen. — Das Kriegsgericht verurteilte den Angeklagten zu der schweren Strafe von — 15 Tagen strengen Arrest zur Erhaltung der Disziplin! —

### Eine eigenartige Kompagniemutter.

Das Kriegsgericht der 20. Division verhandelte am Sonnabend in siebenstündiger Sitzung unter dem Vorsitz des Majors v. Borde in Celle gegen den Feldwebel Hermann Thiele von der 1. Kompagnie des 2. Hannoverschen Infanterieregiments Nummer 77 (Celle). Bei einer Untersuchung gegen den Sergeanten Jahnke von derselben Kompagnie, der wegen 56 (!) Mißhandlungs- und Beleidigungsfällen unter Anklage steht, stellte sich heraus, daß auch Feldwebel Thiele, der bereits 14 Dienstjahre hinter sich hat, schon lange in ähnlicher Weise mit dem Militärstrafgesetzbuch in Konflikt gekommen war. Die zur Untersuchung gelangten Fälle reichen bis in das Jahr 1906 zurück, und trotz des sehr lüdenhaften und mitunter unsicheren Beweismaterials verdichtete sich dieses zu einer umfangreichen Anklage gegen den Feldwebel, welcher der fortgesetzten Beleidigung und Mißhandlung von Untergebenen, der vorschriftswidrigen Behandlung von Untergebenen und der Annäherung von Wehrdienstverpflichteten beschuldigt wurde. Die Verweigerung, bei der gegen 30 Zeugen zur Vernehmung gelangten, ergab zunächst, daß Thiele sehr „patriciarisch“, aber gleichzeitig vorschriftswürdig die Mannschaften im allgemeinen duzte, ferner als Anredeform mit Vorliebe die Bezeichnungen „Schweinegel“, „Schweinebengel“, „Vollack“, „Wasserpolack“ gebrauchte. Andere Benennungen, wie „Polnisches Schwein“, „Polnisches Rabieschen“, „Polnische Edelsau“, „Verbrecher“, „Landstreicher“, „Chausseegraben“, „Lapezierer“ usw. konnten dem Angeklagten nicht ausreißend bewiesen werden und dürften mehr dem Sergeanten Jahnke zur Last fallen. Die Schreibweise der 1. Kompagnie war der Schlußsatz der seltsamsten Vorgänge. Hier besonders war es, wo Thiele, oft aus den niedrigsten Ursachen, die Leute an der Brust, an der Gurgel schloß und mit den Köpfen gegen die Wand schleuderte. Der Referent v. Penck aus Hildesheim, der vor dem Feldwebel wiederholt sein Strafregister „herunterbeten“ mußte, behauptete weiter, von dem Feldwebel ins Gesicht gespuckt worden zu sein. Bezüglich dieser Behauptung nahm das Gericht an, daß ein „Frumm“ nicht ganz ausgeschlossen erscheine.

Weiter wurde dem Angeklagten zur Last gelegt, eigenmächtig einen Kompagnie-Appell mit Kochgeschirren, ferner in zwei Fällen eigenmächtig Strafpaßstunden angelegt zu haben. Feldwebel Thiele bestritt fast die ganze Anklage und gab nur das Duzen und leichte Beleidigungen zu. Von den Vorgesetzten des Angeklagten beklagten die Leutnants Stille und Hufe; außer dem Duzen leichte Schimpfworte gehört zu haben. Oberleutnant Braun hat nichts gehört und Hauptmann Schmidt gab seinem Feldwebel ein glänzendes Zeugnis. Allerdings sei Thiele sehr bestig und leicht erregbar, etwaige Verstöße des Thiele seien ohne Zweifel nur auf dessen großes Dienstinteresse zurückzuführen! Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Schönborn, hielt mildernde Umstände für vorhanden und beantragte die Beurteilung des Angeklagten wegen Mißhandlung von Untergebenen in sechs Fällen, vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen in vier Fällen, Annäherung von Wehrdienstverpflichteten in einem Falle (bezüglich des Kochgeschirre-Appells) und wegen fortgesetzter Beleidigung zu einer Gesamtsstrafe von — drei Wochen gelinden Arrestes, während der Verteidiger für eine noch geringere Bestrafung eintrat!

Das Kriegsgericht erkannte gegen den Angeklagten wegen fortgesetzter Beleidigung von Untergebenen bei Ausbildung des Dienstes, Mißhandlung von Untergebenen in sechs und vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen in vier Fällen auf 3 Wochen gelinden Arrest unter Freisprechung von den übrigen Punkten der Anklage! Da in der Verhandlung gegen Thiele von einigen Zeugen (Referenten) noch weitere Beleidigungen erster Natur erhoben wurden, hat dieser noch eine Untersuchung zu gewärtigen. — Der Referent v. Penck hat Thiele ins Gesicht geschlagen, Thiele hat Thiele dadurch beleidigt haben soll, daß er in der Verurteilung diesen — angeblich wider besseres Wissen — beschuldigte, anderen Leuten befohlen zu haben, ihm ins Gesicht zu spucken, wurde wegen einfacher Beleidigung zu zwei Wochen mittleren Arrestes verurteilt.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Ein politischer Streit.

Ueber die Ursachen des Generalarrests, der in Trient und Rovereto ausgebrochen ist, wird uns aus Wien geschrieben:

Seit dem 10. d. ist Genosse Mussolini, Redakteur des „Popolo“ und des „Avvenire del Lavoratore“, in Trient in Haft. Er war angeklagt wegen eines Privatbriefes, den er im Laufe einer Putschpolenik an den Redakteur des „Alto Adige“ geschrieben hat und worin Aufreizungen gegen den Staatsanwalt erblickt wurden, während zugleich die Beilegung eines konfiszierten Exemplars des „Popolo“ als Verbreitung einer verbotenen Druckschrift angesehen wurde. Zugleich wurde gegen Mussolini, der Reichsitaliener ist, die Ausweisung verfügt. Die Verhandlung fand Freitag statt und Mussolini wurde, wie vorausgesehen war, in allen Punkten freigesprochen. Schon früher hatte das Gericht beschlossen, ihn auf freien Fuß zu stellen, der Beschluß war aber von Innsbruck aus aufgehoben worden, so daß Genosse Mussolini in Haft blieb. Nach Verlesung des Freispruchs wurde vom Gerichtshof neuerlich seine Freilassung verfügt, die jedoch unterblieb, da der Staatsanwalt Einspruch erhob, indem er sich die Wichtigkeitsbeschwerde vorbehielt. Die Blamage der von der Polizei inspirierten Staatsanwaltschaft, die diesen lächerlichen Prozeß provozierte, reizte aber die Polizei dazu auf, die Ausweisung in Vollzug zu setzen.

Die Erbitterung und Aufregung unter den Arbeitern, die in der ganzen Provinz eine gegen sie gerichtete, gänzlich unbegründete Gewalttat sehen, ist eine ungeheure, und mehrere Arbeiterversammlungen in Rovereto und Trient haben beschlossen, in den Generalarrest zu treten, wenn man sie ihres Vertrauensmannes, dem man absolut kein Delikt vorwerfen kann, beraubt. Mit mehr Mutwillen und Feindschaft sind österreichische Beamte noch selten vorgegangen und niemals mehr zum Schaden einer jeden vernünftigen Ordnung und der sehr notwendigen Verhinderung der Verwilderung. Die Durchführung der Ausweisung unmittelbar nach dem Freispruch ist eine doppelte Provokation und zeigt, daß es sich ausschließlich um eine Polizeintrige handelt. Bisher ist der Generalarrest ruhig verlaufen.

#### Die ungarische Krise.

Budapest, 28. September. Abgeordnetenhause, Ministerpräsident Wellek erklärte, die Regierung habe im Sinne ihrer Erklärung vom 10. Juli gestern ihre Entlassung gegeben. Nachdem das Einverständnis der Parteien, auf das sich das Kabinett stützte, aufgehört habe, habe er dem Könige vorgeschlagen, den Führer der Mehrheit, Franz Kossuth (lebhafter Weisfall links) zu sich zu berufen, was der König genehmigte.

#### Wahlrechtsdemonstration.

Budapest, 27. September. Nach einer sozialdemokratischen Wahlrechtsversammlung versammelten in den Abendstunden viele Versammlungsteilnehmer in der Nähe des Klubs der Unabhängigkeitspartei aus Anlaß der morgigen Parlamentsöffnung eine Straßenkundgebung. Nach wiederholten Attacken zerstreute die Polizei die Menge, wobei von der Waffe Gebrauch gemacht wurde. Mehrere Personen wurden verwundet, darunter vier schwer. Nach 9 Uhr abends war die Ruhe wieder hergestellt.

### Frankreich.

#### Für die Schulverfassung.

Paris, 28. September. Sämtliche Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe Frankreichs haben einen Hirtenbrief erlassen, in dem sie alle katholischen Eltern dringend auffordern, ihre Kinder nicht in die neutralen öffentlichen Schulen zu schicken, sondern nur in christliche Schulen. Die Eltern seien verpflichtet, für eine religiöse Erziehung ihrer Kinder Sorge zu tragen. Der Papst gebiete bei strenger Strafe, die Kinder nur dann, wenn ernste Gründe vorlägen, in neutrale Schulen zu schicken, wobei stets die Bedingung gelte, daß das Gewissen der Kinder nicht getränkt werde und daß Eltern oder Priester außerhalb der Schule für eine religiöse Erziehung Sorge tragen. Die Eltern hätten das Recht und die Pflicht, die Schulen und die Lehrer zu überwachen. Gründungen von besonderen Vereinigungen zu diesem Zwecke seien dringend zu empfehlen. Der Hirtenbrief verbietet sodann eine Anzahl der in öffentlichen Schulen eingeführten Lehrbücher und erklärt, die Unterzeichneten seien bereit, alles zu erdulden, um die Kinder gegen die Gefahr der neutralen Schule zu verteidigen.

### Belgien.

#### Eine fastige Abfahr.

Man schreibt uns aus Brüssel: Zu den bedorftendsten Wahlen rüsten die Liberalen bereits, indem sie in eigens dazu gegründeten Blättern einen auf die alte Verleumdungsmethode gestützten Feldzug gegen die Sozialdemokratie führen. Diese Verleumdungsmethode war auch in Belgien stets dieselbe wie anderwärts: die Verdächtigung der führenden Genossen, die man den Massen als Millionäre (wie Vandervelde und De Brodère usw.) oder als schwere Geldverdiener (wie Anseele, Bertrand usw.) denunzierte, bei welcher Gelegenheit dann auch noch die geschäftliche Nebligkeit und die moralische Qualifikation der Führer in mehr oder weniger faßbarer Weise angezweifelt wurde. Obwohl auch unsere belgischen Genossen gescheitertes zu tun haben, als sich mit jedem Wahltag aus kirchlichem Lager zu befehlen, halten sie es doch von Zeit zu Zeit für angebracht, den Verleumdern auf die Finger zu klopfen, wenn sie ihr Handwerk allzu unverschämte betreiben. So hat kürzlich der sozialistische Abgeordnete Vertrand, der in einer Reihe der von der „Action catholique“ herausgegebenen Blätter in gemeiner Weise verdächtigt worden war, den betreffenden Redaktionen eine fastige Verächtigung zugesandt, die nicht nur die Lüge von den sozialistischen Geschäftsleuten abtut, sondern auch hinweist, wo die wirklichen Geschäftspolitiker zu suchen sind.

Vorerst weist Vertrand nach, daß er nicht, wie ihm vorgehalten wird, 25 000 Fr. als Mandatar der Partei beziehe, sondern 7500 Fr.: 4000 Fr. als Deputierter und 3500 Fr. als Stadtverordneter. Wenn Sie wollen, sagt Vertrand in dem öffentlichen Brief, so nenne ich Ihnen katholische Politiker, die sich für einen einzigen Prozeß 100 000 Fr. zahlen lassen, andere, die dieselbe Summe für ihre Stellung bei Finanzgesellschaften beziehen, andere, die 5000 Fr. jährlich einheimen dafür, daß sie einmal wöchentlich auf eine Stunde in die Sparrasse gehen. ... Abgesehen davon, daß die große Anzahl der katholischen Deputierten als Advokaten, Industrielle, Finanziers usw., das Schicksal ungefähr „verdienen“ als er, Vertrand, der Schlemmer und Kenterkammerer. ... Auch wisse die Redaktion, fährt der Genosse fort, daß er von seinem von ihm um 200 Prop. hinausgelegenen Einkommen 750 Fr. der Arbeiterpartei als Steuer abliesere! Was die gegen seine Rechtmäßigkeit erhobenen Anklagen betrifft, so verweist Vertrand die frommen Ehrabridneider auf die Tatsache, daß er erst neulich ein kirchliches Blatt verlag, das dann zu 1000 Frank Geldstrafe wegen Verleumdung verurteilt wurde. Vertrand schließt seine kräftige Epistel, indem er die Blätter vor weiteren Verleumdungen warnt. „So oft Sie sich mit mir in einer mir mißfälligen Weise beschäftigen, werde ich Sie zwingen, meine Antwort zu veröffentlichen. Lassen Sie sich das gesagt sein.“

Zweifelloos, wenn unsere Genossen allerorts in diesem Tone den Massenverleumdungen entgegenzutreten, würden manche Blätter etwas weniger dreist drauf los lägen und verleunden. — Auch Anseele, dem man gleichfalls kürzlich in einem värmischen Katholikenblatte eine niederträchtige Beschäftigung nachgesagt hatte, hat in gleicher Weise reagiert.

### Spanien.

#### Gegen den weißen Schrecken.

Das Pariser Komitee der sozialen Verteidigung veröffentlicht einen Aufruf gegen die spanische Regierung, in dem es unter Zurückweisung der amtlichen Lügen heißt: Greife, Frauen, Kinder, Gefangenenerlöser und mißhandelt, wenden sich an die Öffentlichkeit. Gegen Francisco Ferrer, den Erneuerer des weltlichen Unterrichts in Spanien, bereitet man den ungerechtesten Prozeß mit den gefährlichsten Machenschaften vor. Polizei und Könige haben ihm offen den Untergang geschworen. Tausende wackerer Leute, unschuldig wie er oder nur schuldig der Aufsehung gegen einen insamen Krieg, bevölkern die Gefängnisse von Barcelona. Man schafft Männer und Frauen, gegen die nicht einmal eine Beschuldigung vorliegt, nach den entlegensten Orten und verlangt, daß sie selbst für ihren Unterhalt aufkommen, läßt sie aber nicht aus dem Hause gehen, um Arbeit zu suchen. Selbst der russische Zarismus geht nicht so weit. Arbeiter sitzen im Kerker, weil sie Vertreter zu gewerkschaftlichen Konferenzen, mehrere Wochen vor dem Ausbruch der Unruhen, geschickt haben. Mehr als fünfzehntausend Opfer hingerichtet, gefangen, verächtelt oder vertrieben: das ist zur Stunde die Bilanz der Unterdrückung der Regierung des Königs Alfons.

Der Aufruf weist den Einwand zurück, daß diese Dinge das Ausland nichts angingen. Die ganze Menschheit ist betroffen und verantwortlich. Es handelt sich nicht allein um die Tausende Opfer, die in den Kerker von Barcelona den Tod oder die Verbannung nach einer Justizkomödie erwarten. Es ist ein ganzes Volk, das unter dem Regime der Unfähigkeit und Korruption im Todeskampf röchelt! — Europa aber, das humane und christliche, stellt ebenso tatlos neben diesen Schandthaten wie neben den Greueln in Rußland.

#### Der Kampf in Marokko.

Madrid, 27. September. Die spanischen Truppen haben die Abdah von Seluan eingenommen. Die Kolonnen des Generals Orozco marschierten dann ohne Zwischenfall durch Seluan durch. Auch auf dem Guruguberg, den die Truppen überzogen, haben sie keinen Widerstand gefunden. Die den Truppen folgenden Trains marschierten ohne Bedeckung. Es hat den Anschein, als ob der Feind alle seine Stellungen verlassen hat und gänzlich geflohen ist.

Madrid, 27. September. Seit 11 Uhr vormittags stehen die Häuser der Führer der Eingeborenen an dem Guruguberge, darunter das von Ghalb, in Flammen. Das Feuer wurde angelegt durch die den Spaniern ergebenen Marokkaner, die auf Seiten der Spanier mitkämpften, um sich auf diese Weise für die Zerstörung ihrer Häuser durch die Harla zu rächen.

Diese militärischen Erfolge ermutigen die spanische Regierung, die Cortes auf den 15. Oktober einzuberufen und das Dekret, durch welches die konstitutionellen Garantien aufgehoben wurden, für alle Provinzen, außer für Barcelona und Gerona, zu widerrufen.



# Gewerkschaftliches.

## Solidarität.

Der Internationale Metallarbeiter-Bund veröffentlicht in der neuesten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ einen Aufruf zur Unterstützung der „Kuständigen in Schweden“. Außer den 13 Vertretern der Metallarbeiter-Verbände aus allen Ländern haben den Aufruf auch die Verbände der Schmiede, der Kupferschmiede und der Maschinisten und Heizer Deutschlands mitunterzeichnet.

In einer Bekanntmachung des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes werden die Ortsverbände des Verbandes ersucht, Versammlungen einzuberufen mit dem Thema: „Der Kistenkampf in Schweden“, und die Mitglieder anzusprechen, nicht zu erlahmen in der Unterstützung der heldenmütigen Kämpfer im Norden Europas!

## Berlin und Umgegend.

### Rückstände im Berliner Baugewerbe.

Trotz der verhältnismäßig guten Konjunktur, die den Sommer über im Baugewerbe Berlins und seiner Vororte vorhanden war, sind doch seit dem Abschluß des letzten Tarifvertrages recht bedeutende Rückstände auf den meisten Berliner Bauten eingerissen. Die Rechte der Bauarbeiter werden von dem Unternehmer bezw. seinem Polier auf jede nur mögliche Art und Weise beschnitten. Selbst von der brutalen Zurückhaltung der tariflich festgelegten Normen sprechen die Oberwasser führenden Unternehmer nicht zurück. Die Beschaffenheit der Bauarbeiten, Aborte usw., die in Berlin einst musterhaft waren, sind heute vielfach in einem verwerflichen Zustande und spotten der auf dem Papier bestehenden Vorschriften in vielfacher Hinsicht. Am schlimmsten ist das Ueberstundenwesen eingerissen. Obgleich Ueberstunden nur im äußersten Notfalle gemacht werden sollen, und dann nur mit dem vereinbarten Zuschlag, ist man von dieser Regel bei einer ganzen Reihe von Firmen abgewichen. Ein paar Beispiele mögen dieses beweisen. In der Rigaer Straße führte die Firma Kohnmayer einen Kirchenbau aus, bei welchem wochenlang ein Teil der Maurer und Hilfsarbeiter Ueberstunden machen mußte, ohne daß der übliche Zuschlag von fünfzehn Pfennig bezahlt wurde. Auf einem anderen Bau derselben Firma war eine Zeitlang sogar die zehnfache Arbeitszeit gang und gäbe, selbstverständlich ohne den Zuschlag. Aber die Firma ist nicht die einzige in Berlin, die an derartigen Praktiken Gefallen findet, es gibt ihrer eine ganze Reihe. Sogar die größte Firma am Orte, die Aktien-Gesellschaft Geld und Franke, eine der eifrigsten Mitglieder des Verbandes der Baugewerksleute, erhöht auf diese Weise ihre Dividende, die regelmäßig eine recht hohe ist. Beim Brückenbau am Schöneberger Ufer arbeitete sie mit Tag- und Nachtschichten und zahlte für die Nachtschichten denselben Stundenlohn als für die Tagesarbeit. Erst nachdem ein paar Arbeiter das Gewerbeamt mobil gemacht hatten und die Firma die Beträge nachzahlen mußte, bequeme sie sich zur Zahlung des Ueberstundenzuschlages. Die Handlungsweise solcher Firmen ist eine recht verwerfliche, noch dazu, wenn man bedenkt, daß die beiden Firmen im Verband der Baugewerksleute organisiert sind, also eigenhändig die geltenden Lohnsätze gebilligt und unterschrieben haben. Einen Teil der Schuld, daß solche Zustände in Berlin eintreten konnten, trägt aber auch die Arbeiterschaft des Baugewerbes, indem sie nach dem Streik allzusehr erschlackte. Sie wird sich künftig reden müssen, um zum nächsten Frühjahr schlaffertig dazustehen und um den Unternehmern den Herrnbüchel wieder auszutreiben.

## Konflikte im Stukkateurberuf.

Die Filiale Berlin des Stukkateurverbandes hatte zum Montag eine öffentliche Stukkateurversammlung einzuberufen. Zweck der Veranstaltung war, Stellung zu nehmen zur Aufhebung des Tarifvertrages und zu den neuesten Praktiken der Unternehmer. Die freie Vereinigung der Inhaber von Stukkaturgeschäften hatte in einem Schreiben die Absicht mitgeteilt, den bestehenden Vertrag aufzuheben, falls nicht Garantien geschaffen würden, daß die Vertragsbestimmungen seitens der Arbeiter eingehalten werden.

Wengels referierte über diesen Punkt, indem er einen Rückblick gab über Entstehung und Handhabung des Vertrages. Doch gerade umgekehrt, von den Unternehmern nicht nur der alte, sondern auch der neue Tarif nicht eingehalten wurde, schilderte der Redner sehr anschaulich. Es zeigte sich hier wieder die allbekannte Taktik der Unternehmer, bestehende Verträge höchstens in der Hochkonjunktur leicht einzuhalten, bei abnehmendem Geschäftsgang aber systematisch auf die Umgehung der festgelegten Bestimmungen hinzustreben. Mehrere besonders traffe Fälle griff Wengels heraus.

Charakteristisch ist die Tatsache, daß unter den vertragsbrüchigen Unternehmern sich selbst solche aus der Schlichtungskommission befanden. Daß in der Krise die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich ganz besonders ungünstig gestalten, läßt sich aus den Mitteilungen des Redners treffend feststellen. Es sind Fälle zu verzeichnen, wo für 20 bis 25 M. Arbeit hergestellt, aber nur 10 M. dafür gezahlt wurden. Wir müssen, so führte der Redner weiter aus, den Tarif bis zum 3. durchzubrechen suchen. Mit dem Raubbau in der Lohnarbeit muß gebrochen werden. In einigen verurteilten Firmen war es durch die konsequente Haltung schon gelungen, den vertraglichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Wird die Einigkeit der Arbeiter auf den Bauten mehr wie bisher gepflegt, so werden die Erfolge nicht ausbleiben. Auch sollten sich die organisierten Kollegen besser informieren, mit wem sie auf dem Bau zusammen arbeiten.

Wir haben deshalb vorzuschlagen:

Wenn am 1. Oktober die Zwangsbefugnis in Kraft tritt, werden wir auf dem Bausein sein. Eine vertragslose Zeit gibt es für uns nicht, dafür steht die Organisation. Die Drohung, den Vertrag aufzuheben, imponiere der Organisation durchaus nicht. Nachdem der Vorsitzende Dietrich noch einmal das Schreiben der freien Unternehmervereinigung verlesen und kritisiert hatte, schloß eine sehr rege Diskussion ein, die das Referat noch in vielen Punkten ergänzte. In seinem Schlußwort ging Wengels auf verschiedene in der Diskussion aufgetauchte Einwände ein und gab in klarer Weise die Richtschnur für das weitere Gedeihen der Organisation an. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von der beabsichtigten Aufhebung des Tarifvertrages durch die Arbeitgeber. Sie nimmt weiter Kenntnis von Tarifdurchbrechungen verschiedener Unternehmer, unter denen leider auch Arbeitgebermitglieder der Schlichtungskommission sich befinden. Um nun eine Einhaltung des bestehenden Tarifvertrages zu erlangen, erklären die Versammelten:

„Die am 1. Oktober in Kraft tretende Zwangsbefugnis hat den bestehenden Tarifvertrag zu unterzeichnen.“

Ferner muß zur Verhütung von Tarifdurchbrechungen durch die Unternehmer sich jeder Stukkateur seiner Organisation anschließen, weil nur dadurch dem Treiben der Arbeitgeber Einhalt geboten werden kann.“

Die Versammelten verpflichten sich, in eine rege Agitation zu diesem Zwecke einzutreten, damit auch der letzte Mann der Organisation zugeführt wird. Weiter hält die Versammlung es für notwendig, daß die Organisation die nötigen Schritte tut, um die Anerkennung des Tarifvertrages durch die Zwangsbefugnis zu erhalten.

Der Streik in der Zigarettenfabrik Manoli ist in einer erneuten Verhandlung durch einen Vergleich beendet worden.

## Deutsches Reich.

### Christlich-Nationales.

In Erfurt haben die christlichen und nationalen Arbeitervereine unter Führung des christlichen Generalsekretärs Waltrusch für die Gewerbevereine das Proportionalwahlrecht verlangt. Der den Arbeitern gegenüber sonst sehr ausgeglichene Magistrat war in diesem Falle außerordentlich entgegenkommend, und das sozialisteneine Stadtparlament stimmte freudig dem Antrage des Magistrats auf Einführung des Proportionalwahlrechtes zu. In diesem Jahre soll nun zum ersten Male nach dem Proportionalwahlrecht gewählt werden. Die Wählerlisten wurden fertig gestellt und ausgelegt, und dabei stellte es sich heraus, daß es sich die Christlichen und Nationalen recht leicht gemacht hatten. Als Ausweis für die Wahlberechtigung ist ein Nachweis über das Arbeitsverhältnis für jeden einzelnen oder der Wohnungs- oder Steueransatz für momentan Arbeitslose nötig. Jedenfalls hat das ungewohnte Entgegenkommen der Stadtbehörden die Nationalen aller Richtungen sicher gemacht, denn sie machten es sich bequem; sie schrieben einfach ihre Mitgliedslisten ab und gaben deren Verzeichnis als ihre Wählerliste beim Magistrat ab. In entgegenkommender Weise nahmen die Beamten diese Listen in Empfang. Bei der öffentlichen Auslegung der Listen kamen nun unsere Genossen dahinter, in welcher Art die Namen der Wahlberechtigten eingetragen worden sind. Sie machten eine Eingabe an den Magistrat, die die Streidung der zu Unrecht in die Liste aufgenommenen Christlichen und Nationalen verlangte. Die Geschichte war zwar sehr fatal, der Magistrat konnte aber nicht umhin, dem Antrage stattzugeben, und so mußten etwa 200 Namen gestrichen werden. — Die Wahl für das Gewerbeamt in Erfurt findet vom 7. bis 9. Oktober statt.

Die Lohnbewegung der Glaschleifer in Hamburg ist beendet. Die Schleiferbesitzer haben sämtliche projektirten Verschlechterungen zurückgezogen und einen neuen Tarif bis zum 1. Oktober 1911 abgeschlossen. Der neue Tarif bringt eine Reihe von Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, und ab 1. Oktober 1910 steigt der Minimallohn um zwei Pfennig pro Stunde. Der Angriff der Unternehmer konnte nur abgewehrt werden, weil die Arbeiter vollständig organisiert waren und in seltener Geschlossenheit den Unternehmern entgegen-traten.

## Achtung, Elektromonteur!

In Dresden sind die Kollegen in den Ausstand getreten. Dresden ist deshalb für Elektromonteur streng zu meiden. Deutscher Metallarbeiter-Verband.

## Ausland.

### Bäckerboikott in Paris.

Das Syndikat der Bäckergesellen des Seine-Departements hat einen Aufruf an das Publikum erlassen, alle Bäckereien, in denen die Sonntagsruhe nicht eingeführt ist, zu boykottieren. Zahlreiche Syndikate des Arbeiterverbandes haben sich bereit erklärt, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Die Boykottbewegung soll in den ersten Tagen des Oktober erfolgen.

# Haus Industrie und Handel.

Die Bilanz der Laurahütte. Seit Wochen erwartet die Börse mit banger Spannung den Abschluß der Vereinigten Königs- und Laurahütte, des größten Montanunternehmens Oberschlesiens. Und diese Bangeit war nicht ungerechtfertigt. Auch doch die Dividende auf 4 Proz. herabgesetzt werden, während das Vorjahr 10 Proz. ergab. Offiziell wird dazu aus der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrates gemeldet: Der Bruttogewinn der Gesellschaft beträgt nach Deduktion der Geschäftskosten und Obligationenzinsen 6 307 015 (i. B. 8 601 548) M., so daß nach Abzug der ordentlichen und außerordentlichen Abschreibungen von den Anlagewerten in Höhe von 4 500 128 (4 700 000) M. ein Reingewinn von 1 806 889 (3 187 935) M. verbleibt. Der Aufsichtsrat beschloß, die Auszahlung einer Dividende von 4 Proz. gegen 10 Proz. im Vorjahr für das 36 Millionen Mark (im Vorjahr 27 Millionen Mark) betragende Aktienkapital vorzuschlagen. Zu dem Abschluß bemerkt die Verwaltung: „Der Mineraleinnahme des Geschäftsjahres 1908/09 ist lediglich eine Folge des Preissturzes auf dem Eisenmarkt und der infolgedessen erheblich verschlechterten Ergebnisse der schlesischen Eisenhütten. Die Kohlengruben der Gesellschaft haben im abgelaufenen Jahre höhere Uberschüsse gebracht als im Vorjahr. Die Lage des oberschlesischen Kohlenmarktes war trotz der eingetretenen Abschwächung, die sich im wesentlichen durch die verminderten Bezüge der Eisenbahnen und vor allem der Industrie bemerkbar machten, im abgelaufenen Geschäftsjahre eine immerhin befriedigende. Die Kohlenförderung der Gesellschaft hat zum ersten Male die Höhe von 3 Millionen Tonnen erreicht und mit 3 096 546 die Förderung des Vorjahres um 272 144 Tonnen übertroffen.“

Im Gegensatz hierzu war die Lage der Eisenindustrie eine so schlechte, wie sie Deutschland im allgemeinen und Oberschlesien in besonderer Weise seit Jahrzehnten nicht gekannt hat, wenn man berücksichtigt, daß inzwischen die Selbstkosten in diesem Zeitraum allgemein und überall eine außerordentliche Steigerung erfahren haben. Wenn auch der anhaltende Niedergang des Eisengeschäftes sich für die Werte der Gesellschaft und zwar sowohl beim direkten Walzeisenverkauf als auch bei den Erzeugnissen der Verfeinerungsindustrie weniger in einem Mangel an Arbeit als in einem unausfalltamen Zurückgehen der Preise äußerte, die heute auf einem Stande angekommen sind, wie sie so schlecht seit 18 Jahren nicht mehr zu verzeichnen waren, so hat doch eine Verminderung der Erzeugung stattgefunden, da bei den gesunkenen Preisen, die beispielsweise bei Walzeisen gegen den Hochstand im zweiten Viertel des vorigen Geschäftsjahres um rund 45 M. zurückgegangen sind, kein Interesse an besonders hohen Produktionszahlen vorlag.

Die Roheisenerzeugung ist mit 284 142 Tonnen gegen das Vorjahr um 9419 Tonnen zurückgegangen, die Walzeisenproduktion mit 217 742 Tonnen gegen die vorjährige um 16 383 Tonnen. Der Verkauf an Fremde um 5877 Tonnen gegen das Vorjahr zurückgefallen. Der Mineraleinnahme betrifft hauptsächlich die schweren Erzeugnisse Eisenschmelzmaterial und Formeisen, was im wesentlichen eine Folge des Rückganges der industriellen und privaten Bautätigkeit sowie der geringeren Anforderungen der Eisenbahnen ist. Da die Preise der Rohmaterialien und namentlich auch die Arbeitslöhne sich nicht wesentlich verändert haben, so konnte der Preissturz auf dem Eisenmarkt trotz Verbilligung der Selbstkosten, die aus Betriebsverbesserungen hervorgehen, bei weitem nicht ausgeglichen werden. Auf den russischen Gütern der Gesellschaft hat sich gegen das Vorjahr eine leichte Besserung bemerkbar gemacht. Produktion und Verkauf hielten sich auf der vorjährigen Höhe, die Erträge des letzten Vierteljahres wurden durch eine wenn auch bisher nur geringe Preiserhöhung verbessert.“

Über die gegenwärtige Geschäftslage berichtet der Generaldirektor, daß die Lage des oberschlesischen Kohlenmarktes zurzeit befriedigend genannt werden könne, und daß die Ausichten der nächsten Zeit ebenso anzusehen seien. Wenn auch der Bedarf der Industrie noch nicht zugenommen habe, so werden doch die Bestellungen der landwirtschaftlichen Betriebe, namentlich der Zuckerrüben, die infolge verspäteter Erntearbeiten bisher noch fehlten, demnächst eingegeben, und es beste zu erwarten, daß der gesunkene Wasserstand der Oder, der dem Kohlenabfuhr, besonders den Gaskohlen bisher sehr hinderlich war, sich bald bessern werde. Auf dem Eisenmarkt scheint der Lieffand überwinden zu

sein. Es sei sowohl in Bezug auf die Beschäftigung als auch auf die Preise in den allerletzten Tagen eine leichte Besserung zu spüren, von der zu hoffen sei, daß sie anhalten möge. Die Beschäftigung der sämtlichen Werke der Gesellschaft sei zurzeit gut und stehe mit einem Gesamtauftragsbestande im Werte von 18 1/2 Millionen Mark dem des Vorjahres nicht wesentlich nach.

# Versammlungen.

Der moralische Zusammenbruch des Deutschenationalen Handlungsgehilfenverbandes lautete das Thema einer Versammlung, die der Zentralverband der Handlungsgehilfen am Montag nach der „Neuen Philharmonie“ einzuberufen hatte. Die Versammlung war sehr stark besucht. Die Deutschenationalen Radoumader waren diesmal fern geblieben. Sie hatten auch ihre Anhänger durch ein Flugblatt vom Besuch der Versammlung zurückgehalten. Das ist begreiflich, denn die Führer des Deutschenationalen Handlungsgehilfenverbandes haben sich durch ihr Eintreten für die Ehre des Triolenmannes so stark kompromittiert, daß selbst die Unbefreiheit deutschnationaler Kaufleute nicht mehr ausreicht, um sich in gegnerischen Versammlungen sehen zu lassen. Doch die Leute aus dem deutschnationalen Lager müßten ja ihren Charakter verkleugern, wenn sie den wahren Grund ihres Zerfalls von der Versammlung angeben würden. Also kommen die Herren, getreu ihrem ureigensten Wesen, mit einer unehrenhaften Begründung. Sie sagen in ihrem Flugblatt: „Wir Deutschenationale besuchen die Versammlung nicht. Wir lehnen es ab, dem Zentralverband die Kassen zu füllen und uns obendrein mit Totschlägern und Gummimäppeln bedrohen zu lassen.“

Mit Bezug auf diese Anspielung auf die Radoumader in der vorigen Versammlung, sagte der Vorsitzende Urban, nachdem er die gegenwärtige Versammlung eröffnet hatte: Es ist unehrlich, daß von unserer Seite gegen die Deutschenationalen täuschlich vorgegangen worden ist. Ein Mitglied des Deutschenationalen Verbandes schlug mit einem Gummimäppel. Dieser wurde ihm von einem unserer Mitglieder abgenommen und nun sagte der Deutschenationale, unser Mitglied habe den Gummimäppel gebraucht, was natürlich nicht wahr ist. Eines unserer Mitglieder ist durch einen Schlag mit einem Bierglase verletzt worden. Also haben auch die Deutschenationalen mit Biergläsern geschlagen. Diese Tatsachen können erforderlichensfalls vor Gericht erwiesen werden.

Da diesmal von den Radoumadern aus dem antisemitischen Lager keiner antwortend war, so nahm die Versammlung einen durch nichts gestörten Verlauf. Der Referent Martin Meier zeigte an der Hand der politischen Tätigkeit Schicks, daß dieser niemals die Interessen der Handlungsgehilfen vertreten konnte. Weiter führte der Redner aus: Weil sich die Führer des Deutschenationalen Verbandes nach der Triolenaffäre mit Schand solidarisch erklärten und diese Leute trotzdem an der Spitze des Verbandes bleiben konnten, deshalb ist die Schandaffäre zu einem moralischen Zusammenbruch des Deutschenationalen Verbandes geworden. Der Zentralverband wird dessen Erbschaft antreten.

Die Sektion der Beyer vom Zentralverband der Maurer hielt am Mittwoch in den „Arminhallen“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde an Stelle des von seinem Posten zurückgetretenen Kassierers August Lehmann der Beyer Karl Friedrich gewählt.

In der Diskussion über die Frage der Hausfasserung und Verschmelzung der Lokalkasse mit der Zweigvereinskasse sprachen sich einige Redner für die Einführung derselben aus, die sie ohne Verschmelzung der Sektions- mit der Zweigvereinskasse für möglich halten. Das gegenwärtige Listensystem weise große Mängel auf. Die meisten Diskussionsredner sprachen sich jedoch gegen die Hausfasserung und Verschmelzung aus. Mit dem Hinabwurf aus dem Verbande ließen sich die Beyer nicht gütlich machen. Es liege dem Zweigvereinsvorsitzenden nur an dem Lokalvermögen der Beyer. Die Sektionskasse müsse aber bestehen bleiben, weil die älteren Kollegen auf die Unterstützung, die im Winter aus derselben gezahlt werden, rechnen. Die Zweigvereinskasse zahlt solche Unterstützungen nicht. Da etwa 1700 Kollegen auf dem Bau an die Deputierten zahlen und nur etwa 100 Einzelzahler sind, sei die Einführung der Hausfasserung nicht erforderlich.

Ein Antrag des Bezirks Schöneberg, diese Fragen an die Bezirke zur Beratung zurückzuerweisen und dann durch Abstimmung zu erledigen, wurde von der Versammlung abgelehnt. In getrennter Abstimmung wurden beide Fragen gegen vier Stimmen abgelehnt.

Den Streikenden in Schweden sollen, obwohl ihnen bereits 6000 M. bewilligt worden sind, weitere 1000 M. überwiesen werden.

# Letzte Nachrichten und Depeschen.

## Gasexplosion in Schöneberg.

Eine heftige Gasexplosion, bei der zwei Personen schwer verletzt wurden, erfolgte gestern Abend in der neunten Stunde in der Vorbergstraße 5 zu Schöneberg. Dort war gestern feüh der Rechnungsrat Hauschild mit seiner Familie neu eingezogen. Da sich im Laufe des Tages in einem Zimmer starker Gasgeruch bemerkbar machte, suchte der neue Mieter nach der Ursache. Er leuchtete mit einer Kerze, auf einer Leiter stehend, die Gasleitung an der Decke ab. Hierbei entzündete sich angestrichenes Gas und explodierte unter starker Detonation. Rechnungsrat Hauschild wurde von der Leiter herabgeschleudert und durch Stichflammen am ganzen Oberkörper so schwer verletzt, daß er nach dem Schöneberger Krankenhaus geschafft werden mußte. Etwas besser kam seine Frau davon, wenn sie auch im Gesicht und an den Händen erhebliche Brandwunden erlitt. Nach Anlegung von Rotverbanden konnte sie in der Wohnung verbleiben. Die Wirkung der Explosion war auch sonst eine zerstörende. Zwei Wände wurden durch den Luftdruck eingedrückt und fast sämtliche Fensterscheiben im Hause zertrümmert. Die Schöneberger Feuerwehre war mit der Hauptwache zur Stelle und verrichtete die Aufräumungsarbeiten, da Feuer weiter nicht entstanden war.

## Die schwedischen Einigungsverhandlungen.

Stockholm, 28. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Versuche, die Verhandlungen fortzuführen, werden immer noch fortgesetzt. Die Aussichten, jetzt zu einem Vergleich zu kommen, sind trotzdem sehr minimal, da die Differenzen noch sehr groß sind.

## Das erwünschte Attentat.

Madrid, 28. September. (W. T. B.) Gestern ist in Barcelona eine Bombe explodiert. Mehrere Personen wurden verletzt. Die Zensur hat die Mitteilung dieser Nachricht angehalten. Der neue Minister des Innern macht darauf aufmerksam, daß diese häufigen Gewaltakte die Aufrechterhaltung der Suspension der konstitutionellen Garantien in Katalonien rechtfertigen.

## Erfolge der türkischen Truppen.

Konstantinopel, 28. September. (W. T. B.) Wie aus Jemen berichtet wird, zog Mehmed Idris, der bis zur Küste vorgeedrungen war, beim Erscheinen des türkischen Kreuzers „Rechtshand“ sich in den Distrikt von Sabia zurück, wo er gegenwärtig neue Streitkräfte sammelt. In Hoheidah wurden die Anhänger des Idris von den türkischen Truppen geschlagen, worauf mehrere Scheichs sich der Regierung unterwarfen.















# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, 30. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 7), Engelauer 15:

## Branchen-Versammlung der Elektromonteur u. Helfer Berlin und Umgegend.

**Tages-Ordnung:**  
1. Vortrag des Ingenieur Boldt: Die Sicherheitsvorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker und ihre Bedeutung für die elektrotechnische Praxis. 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten und Verschiedenes.

Donnerstag, den 30. Sept., abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:

## Allgem. Klempner-Versammlung.

**Tages-Ordnung:**  
1. Vortrag des Genossen Jach über: Ein Stück aus der Geschichte des sozialen Klassenkampfes. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenanliegenheiten.

NB. Kollegen! Die gegenwärtige Situation erfordert das Erscheinen eines jeden Klempners in der Versammlung. Die Kollegen der Firma Franke, Veteranenstraße und Duandt Nachf., Straßenerstraße werden zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen.

Donnerstag, den 30. September, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 4), Engelauer 15:

## Versammlung aller in Metallgießereien beschäftigten Former und Berufsgenossen.

**Tages-Ordnung:**  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung von der Konferenz in der Goldmetallindustrie. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Protokolle von der Generalversammlung in Hamburg a 40 Pf. im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben sind. 123/10 Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin. Mittwoch, den 29. September, abends 8 Uhr:

## Branchen-Versammlung der Mieter, Zuschneider und Arbeiterinnen in der Postkarton-Branche in den „Fortuna-Sälen“ (Inh. Mann), Strausberger Straße 3.

**Tages-Ordnung:**  
1. Vorlegung des aus den Verhandlungen mit den Prinzipalen hervorgegangenen Tarifs. 2. Diskussion.

Mittwoch, den 29. September, abends 8 Uhr:

## Branchen-Versammlung Berliner Album-, Mappen- und Galanteriewarenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Graumanns Festsälen, Raunigstraße 27.

**Tages-Ordnung:**  
1. Der Stand unserer Lohnbewegung, die Verhandlungen mit der Prinzipalvereinigung und Stellungnahme zu dem Tarifvorschlag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 24/11\*  
Zahlreichen Besuch erwarten. Die Ortsverwaltung und Branchenleitungen.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg. Donnerstag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstraße Nr. 3:

## Mitglieder-Versammlung.

**Tages-Ordnung:**  
1. Vortrag. 2. Bericht von der Bauarbeiter-Tarifkommission. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. 90/3  
Die Ortsverwaltung.

# Konsum-Verein für Tegel und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Aktiva. Bilanz am 30. Juni 1909. Passiva.

Ein Kassa-Konto	5355,55	Ver Geschäftsanteil-Konto	10999,82
Bank-Konto I	1869,67	Reservefonds-Konto	5908,—
(Einlage d. d. Deutsch. Bank)		Produkt-Fonds-Konto	2400,—
Bank-Konto II	1320,40	Dispositionsfonds-Konto	162,25
(Einlage d. d. Großh. L. G. G.)		Sparfonds-Konto I	28710,46
Verlehrs-Konto	32473,35	Sparfonds-Konto II	4370,83
(Guthab. d. d. Großh. L. G. G.)		Sparmarken-Konto	270,25
Stammanteil-Konto	1171,40	Gesamt-Konto	17000,—
(Guthab. d. d. Großh. L. G. G.)		Kreditoren-Konto	3650,78
Waren-Konto	26448,83	Gewinn u. Verlustkonto	6710,—
Inventar-Konto	9467,95	(Ueberschuß)	
Debitoren-Konto	199,52		
Gebühren-Konto	110,—		
Konto Baugenossenschaft	110,—		
Freie Scholle	110,—		
Summa	78212,37	Summa	78212,37

Tegel, den 11. August 1908. Der Vorstand. Max Nischenberg, Hugo Köhler, Friedrich Hülle. Die Richtigkeit der vorstehenden Bilanz und deren Uebereinstimmung mit den ordnungsmäßig geführten Büchern bestätigt.

Der Aufsichtsrat. Hermann Barndt, Otto Herold, Arthur Lind, B. Luade, Gustav Brumgton.

**Mitgliederbewegung.**  
Mitgliederbestand am 1. Oktober 1908 . . . . . 1165  
Eingetreten . . . . . 279 1444 Mitglieder  
Ausgeschieden durch Verzug, Aufkündigung usw. . . . . 129  
Ausgeschlossen nach § 39, Abs. 2 . . . . . 77 206

Mitgliedsbestand am 30. Juni 1909 . . . . . 1238 Mitglieder  
Die eingezahlten Guthaben der Mitglieder betragen am 1. Oktober 1908 . . . . . 10 004,23 M.  
Eingezahlt wurden im Laufe des Jahres . . . . . 2 746,34 M.

Ausgezahlt an Ausgeschiedene . . . . . 12 750,56 M.  
Ausgezahlt an Mitglieder . . . . . 1 750,74 M.  
Bleibt Bestand am 30. Juni 1909 . . . . . 10 999,82 M.  
Die Gesamtsumme der Mitglieder betrug am 1. Okt. 1909 . . . . . 23 300,— M.  
Zuwachs im Jahre 1908/09 . . . . . 13 840,— M.  
108/2 Mitgl. am 30. Juni 1909 87 140,— M.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Deutscher Transportarbeiter-Verband

Achtung! Bezirk Groß-Berlin. Achtung!

Mitglieder der Verwaltungen I, II, III, IV (siehe der von Köpenick!)

## Außerordentliche General-Versammlung.

**Tages-Ordnung:**  
1. Auf welcher Grundlage erfolgt die Zusammenlegung der obengenannten Verwaltungen? 2. Wahl der Bezirksverwaltung. 3. Geschäftliches.  
Das Mitgliedebuch ist mitzubringen und am Eingang des Saales vorzuzeigen. Wer mit seinen Beiträgen länger als 10 Wochen im Rückstande ist, hat keinen Zutritt. — Bei der besonderen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Die Bezirksleitung Groß-Berlin. 70/4

Donnerstag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain (am Königsforst), Am Friedrichshain Nr. 16-23:

Billigste Bezugsquelle  
gedieg. Trauergarderobe  
**Westmanns**  
Trauer-Magazin  
Berlin W., Mohrenstr. 37a  
NO., Gr. Frankf. Str. 115.  
Genau Beachtung  
meiner Firma u. Haus-  
nummer geboten!

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot  
nach Mess, schnell, sauber. Zutaten  
von 20 Mark an. Moritz Laband,  
Neue Promenade, II. (Städt. Börse).

Drei Tropfen  
**Kaol**  
machen das  
schmutzigste Metall  
spiegelblank.  
In Flaschen von 10-50 Pfg. überall  
zu haben.

**KUNEROL**  
Nur unter diesem Namen  
der auf allen Packeten, Dosen, Fässern  
angebracht ist. Kaufe man  
**KUNEROL** das feinste Cocospfeisefett  
zum Braten Backen Kochen

Generalvertreter für Groß-Berlin: Erich Strokorf, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30. Tel. A. 6, 3718.

**5 Tage Modellverkauf**  
Mäntel! Kostüme! Paletots!  
Abendmäntel! Uebergangsmäntel!  
Plüsch-Konfektion! Pelzkonfektion!  
Zusammenstellung  
hocheleganter Fassons neuesten Genres  
in seltener Formvollendung!!  
Im Preise ermässigt teilweise bis zur Hälfte!!  
von M. 4.—, 6.—, 8.—, 10.—, 15.—, 20.—, 40.— an bis M. 400.  
Gratisbeigabe!  
Stoff zu elegantem Bordürerock bei Einkauf v. schon M. 12 an!  
**Westmanns Spezial-Konfektionshaus**  
I. Geschäft: Berlin W., Mohrenstrasse 37a, kein Eckhaus, 2tes Haus von der Jerusalemstr.  
II. Geschäft: Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 115, kein Eckhaus, 2tes Haus von der Andreasstr.

Sozialdemokratischer Wahlverein  
für den  
4. Berliner Reichstagswahlkreis  
Landsberger Viertel,  
Bezirk Nr. 366.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Zimmerer  
**Wilhelm Hinz**  
Witzdahlr. 16  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 30. September,  
nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Verbandes in  
Friedrichshain aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
220/1

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Gärtler  
**Artur Seddig**  
am 18. d. Mts. erkrankt ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 30. September,  
nachmittags 2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Nordberjer Kirch-  
hofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Schlosser  
**Wenzel Holig**  
am 27. d. Mts. an Herzschlag  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 30. September,  
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Hiesigen Kirchhofes in  
Wilhelmsberg aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
123/11 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse  
der deutschen Wagenbauer.  
Berlin III.  
Am 27. September verstarb  
nach kurzen Leiden unser lang-  
jähriges Mitglied  
**Robert Krumnow.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,  
vom Trauerhause, Elisabethstr.  
16, aus statt. 253/7  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

Statt besonderer Meldung.  
Freunden und Bekannten, Partei-  
genossen und sämtlichen Kollegen  
die schmerzliche Mitteilung, daß  
mein lieber Mann, unser guter  
Vater, Sohn, Schwiegersohn,  
Bruder, Schwager und Onkel, der  
Besolmähligste des Zweigvereins  
Straßburg (Wah) des Verbandes  
der baugewerblichen Hilfsarbeiter  
**Fritz Krüger**  
(früher in Berlin) am 25. Sep-  
tember nach kurzem, schwerem  
Leiden im Alter von 82 Jahren  
gestorben ist.  
Die tieftrauernde Witwe  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet Mittwoch,  
den 29. September, in Köpenick  
(Schneiz) statt. 30/14

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme, die mir am Gede meines  
lieben Mannes erwiesen worden sind,  
sage ich allen Freunden und Be-  
kanten, sowie den Kollegen der  
Spandauerberg-Genossenschaft und dem  
Zentralverband deutscher Brauerer-  
arbeiter meinen innigsten Dank.  
Witwe Härtel nebst Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes **Wilhelm Hoene**  
sage ich allen meinen tiefgefühlten  
Dank. 17265  
**Fran Anna Hoene.**  
**Dankfagung.**  
Sage allen Bekannten, Freunden  
und Kollegen sowie dem Gesang-  
verein der Pöcher für die Teilnahme  
bei dem Begräbnis meiner lieben  
Frau meinen herzlichsten Dank.  
**Karl Pescheck.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und Kranzsenden beim  
Leitgang unserer geliebten Tochter  
**Eise Glückselig**  
sprechen wir hiermit allen Freunden,  
Bekanten und Verwandten unseren  
herzlichen Dank aus.  
Die trauernden Eltern und  
Geschwister  
**Familie Schulz, Belfstr. 62.**



Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Am Sonntag, den 3. Oktober, von 8 Uhr früh an, findet in den 16 zur Wahl stehenden Kommunalbezirken Berlins eine

Flugblattverbreitung

statt. — Wir bitten die Genossen, hiervon Notiz zu nehmen und pünktlich in den Bezirkslokalen zur Stelle zu sein.

Der Zentralvorstand.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59, eine öffentliche Versammlung statt. Genosse J. Gildebrand spricht über: Der Steuerabzug und die Frauen. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein. Entree inkl. Garderobe 20 Pfennig. Tanz frei.

Friedenau. Heute Mittwochabend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Schellhase, Steglitz, Hornstraße 15a. Aufnahme neuer Mitglieder. Bericht vom Parteitag. Referent Genosse Wilm-Schlachtenfeld. Berichte, Anträge und Verschiedenes. Wegen Besuch, auch der Frauen, erwidert Der Vorstand.

Kummelsburg. Heute, Mittwochabend 8 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Witte Weigelt, Türschmidtstr. 40. Tagesordnung: 1. Berichterstaltung vom Parteitag in Leipzig. Referent: Genosse Wessel. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Zeget. Morgen, Donnerstag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr findet im Lokal von G. Klippenstein, Spandauer Straße 4, die Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag in Leipzig sowie Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Heute abend 8 Uhr findet im Lokal des Herrn Wehborn die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Voelke; Bericht vom Groß-Berlin; Beschlußfassung über die Bierpreisregelung in unserem Bezirk. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Unzuverlässigkeit der Gemeindevählerliste

Ist in diesem Jahre wieder in sehr überzeugender Weise festgestellt worden. Die diesjährige Liste, die für die im November bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen zugrunde gelegt werden muß, war im Juli von 75 247 Personen kontrolliert worden. 8633 dieser Vorkünftigen sahen sich veranlaßt, Berichtigung der Liste zu fordern, weil sie entweder überhaupt in ihr fehlten oder mit irrthümlichen Angaben ihres Namens oder Berufes darin standen oder nicht mit der ihnen zukommenden Wohnung eingetragen waren. Die Berichtigung der Namen- und Berufsangaben wurde sogleich vom Magistrat erledigt, weil sich ohne weiteres ergab, daß diese Anträge begründet waren. Hierdurch wurde für 311 Personen die Wählerliste korrigiert, so daß diese der Gefahr entgingen, am Wahltag wegen Unregelmäßigkeit der Angaben und daraus entstehender Zweifel bezüglich ihrer Person von der Wahl zurückgewiesen zu werden. Inzwischen hat nun der Stadtverordneten-Ausschuß, dem die übrigen Einsprüche und Berichtigungsanträge zur Prüfung überwiesen worden waren, noch bei nicht weniger als 627 Personen die Einsprüche als berechtigt anerkannt und die nachträgliche Aufnahme für notwendig erklärt. Die Stadtverordnetenversammlung, die am Donnerstag hierüber entscheidend zu beschließen hat, wird nicht nur diesen 627 Aufnahmeanträgen wohl ausnahmslos zustimmen, sondern vielleicht auch noch manche derjenigen Personen aufnehmen müssen, denen der Ausschuß das Verweigern zu sollen geglaubt hat. Man sieht immer wieder, daß die Kontrolle der Wählerliste keineswegs überflüssig ist. Immer wieder sollte die Wählerschaft hieraus für spätere Wahlen die Lehre ziehen, daß jeder Wähler es als eine selbstverständliche Pflicht ansehen muß, sich bei Zeiten um die Liste zu kümmern und sie auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Auch die Umtragung nach der dem Wähler zukommenden Wohnung ist nicht bedeutungslos. Diesmal waren 92 Umtragungen gefordert worden; sie dürften wohl sämtlich vom Ausschuß gebilligt worden sein, doch finden wir nichts hierüber im Ausschußprotokoll.

Es ist nicht ohne Interesse, zu sehen, aus welchen Gründen die 627 Personen, die jetzt zu nachträglicher Aufnahme empfohlen werden, nicht aufgenommen worden waren. Bei 91 von ihnen ließ sich überhaupt kein Grund entdecken, der für ihre Nichtaufnahme anzuführen gewesen wäre. Bei den übrigen hatte das Wahlbureau zwar Gründe gehabt, aber sie wurden vom Ausschuß als von vornherein nicht stichhaltig (zum Teil auch als inzwischen hinfällig geworden) erkannt. Da ist zunächst unter den vielen, auf so vielen Wählern, die in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit und des Notstandes wegen unbezahlter Steuerreste aus den Listen weggelassen worden waren, wenigstens ein kleines Häuflein, das nachträglich aufgenommen werden soll: 30, weil sie die Rente noch bezahlt haben, und 11, weil ihnen nicht nachgewiesen werden kann, daß Aufforderung zu zahlen an sie ergangen ist. Da sind ferner unter der leider nicht geringen Zahl von Wählern, die wegen „Unterstützung aus öffentlichen Mitteln“ — oft nur wegen Krankenhauspflege für Angehörige oder auch für sie selber — nicht in die Liste aufgenommen worden waren, doch 69 dem Ausschuß würdig erschienen, nachträglich aufgenommen zu werden, weil sich ergab, daß sie die „Unterstützungen“ (gemeint sind hier wohl nur Krankenhauskosten) noch rechtzeitig bezahlt hatten oder daß die Rechnungen ihnen noch gar nicht präsentiert worden waren. Weiter ist Anspruch auf nachträgliche Aufnahme anerkannt worden für 81 Personen, die dem Wahlbureau irrthümlich als „Nichtpreußen“ gegolten hatten, und für 13, von denen irrthümlich angenommen worden war, daß sie noch nicht ein ganzes Jahr in Berlin wohnen. Am größten aber ist unter den im Ausschußprotokoll zusammengestellten Gruppen die der vermeintlichen „Schlafburschen“, die als solche nicht Aufnahme in die Wählerliste gefunden hatten, aber hinterher nachweisen konnten, daß sie wegen des ihnen zustehenden Rechtes selbständiger Verfügung über die von ihnen gemieteten Räume tatsächlich als „Chambregarnisten“ zu betrachten waren und daher Aufnahme fordern durften. 238 dieser zu Unrecht als „Schlafburschen“ tagierten Wähler werden vom Ausschuß zu nachträglicher Aufnahme empfohlen. Im Ausschußprotokoll finden wir dann auch eine Sammelgruppe von etwa 100 Wählern, die gleichfalls noch aufgenommen werden sollen. Aus der Liste waren diese aus verschiedenen Gründen weggelassen worden, einzelne noch aus Gründen, die schon oben angeführt wurden, so daß die dort wiedergegebenen Zahlen sich noch

etwas erhöhen. Andere waren weggelassen worden wegen irrthümlicher Annahme, daß sie in Kontur seien, daß ihnen die Ehrenrechte fehlten usw. Als Kuriosum sei erwähnt, daß sogar ein Totgeglaubter im Ausschuß wieder lebendig geworden ist.

Diese 627 Personen hätten sämtlich ihr Wahlrecht eingebüßt, wenn sie nicht die Liste geprüft hätten und wären am Wahltag zurückgewiesen worden. Wir sind überzeugt, daß, wenn alle Wähler es für ihre Pflicht hielten, die Wählerliste zu kontrollieren, noch sehr viel mehr Einsprüche erhoben werden müßten. Und wenn den Kellamanten sofort gesagt werden könnte, warum sie nicht aufgenommen worden sind, so würden wahrscheinlich noch sehr viel mehr Wähler durch rechtzeitige Beschaffung des Beweismaterials, die ihnen dann möglich wäre, nachträgliche Aufnahmen einreichen und sich ihr Wahlrecht sichern.

Titelsschacher.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird folgender Brief eines Vermittlers mitgeteilt, aus dem sich ergibt, wie gewisse Leute aus der Sucht, Titel zu erlangen, Kapital zu schlagen wissen:

Berlin, den 5. August 09.

Euer Hochwohlgeboren!

Mit Gegenwärtigen gestalte ich mir ganz ergebenst Ew. Hochwohlgeboren folgende Zeilen zu unterbreiten, erlaube mir aber gleichzeitig um äußerst diskrete Behandlung dieser Zeilen zu bitten. Ew. Hochwohlgeboren werden vielleicht erkannt sein, mich gerade an Ihre werthe Adresse gewandt zu haben, vielleicht zerstreuten sich alle Zweifel, wenn ich mir zu erklären gestalte, Ihren geschätzten Namen von einem guten Geschäftsfreunde erhalten zu haben und daß Sie vielleicht bereit wären, diesem Schreiben ein geneigtes Ohr zu leihen. Es handelt sich um die Beschaffung des Titels eines Königlich Preussischen Kommerzienrats. Mir ist Gelegenheit geboten, an höchster Stelle die Angelegenheit zu Ihren Gunsten zu erledigen. Ich will beiläufig erklären, daß irgendwelche Vorzahlung nicht geleistet werden braucht, dagegen müßte sich der Respektant vorher verpflichten, zu einem noch näher zu bezeichnenden wohltätigen Zweck die Summe von etwa 80000 Mark zu zahlen. Sollte sich Ew. Hochwohlgeboren für diese grundlegende Sache interessieren oder auch einen Bekannten haben, der eventuell die Ernennung zum Kommerzienrat nicht ungern sehen würde und in der Lage ist, obigen Betrag zu zahlen, so bitte ich beiderfalls um umgehende gütige Benachrichtigung.

Mit ausgezeichneter Hochachtung ehrerbietigst

Arthur Schlitterman,

Chorlottenstraße 22a, III.

Es wäre interessant zu erfahren, wer alles schon auf die Reimute des Herrn Schlitterman gegangen ist.

Die Berliner Elektrizitätswerke teilen mit: Die gestern abend gegen 7 Uhr plötzlich im Gebiete der Zentrale Markgrafenstraße der Berliner Elektrizitätswerke eingetretene Störung war durch einen Defekt in den Nebelleitungen herbeigeführt. Da die von der Zentrale ausgehenden zahlreichen Speiseleitungen mit Rücksicht auf den Tunnel der Untergrundbahn besonders eng nebeneinander geführt werden müssen, griff die Wirkung des Defektes rasch auf andere am Gendarmenmarkt in nördlicher Richtung verlaufende Kabel über, so daß sich der Betrieb nicht aufrecht erhalten ließ. Nach Abschaltung der defekten Strecke wurde das Leitungsnetz nach und nach dem Betriebe wieder übergeben, so daß gegen Mitternacht die gesamte Stromlieferung im gesamten Rege im wesentlichen wieder aufgenommen werden konnte.

Verlegung von Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn ist genötigt, wegen Gleis- und Asphaltierungsarbeiten den Platz am Kottbuscher Tor, an der Ecke der Dresdener und Adalbertstraße, in den Nächten vom 29. zum 30. September und zum 1. Oktober von 12.30 an betriebslos zu machen. Die Wagen der Linien 3 und 5 werden von der Gneisenau-, Ecke Wärschstraße, anstatt durch die Gneisenaustraße über den Kaiser-Friedrichplatz, die Hasenheide, die Fichte-, Grimm-, Admiral- und Adalbertstraße durch die Wärsch-, Prinzen- und Köpenicker Straße und umgekehrt fahren. Der Verkehr auf der Strecke von der Wärschstraße bis zum Kottbuscher Tor wird durch Pendelwagen aufrecht erhalten. Ferner werden die Linien 28, 29, 47, 48 und 65 von der Kottbuscher Straße durch die Reichenberger-, Mantuffel- und Oranienstraße und umgekehrt abgeleitet. Die Linie 95 wird vom Oranienplatz durch die Oranien-, Mantuffel-, Reichenberger und Kottbuscher Straße über den Kottbuscher Damm, die Hasenheide nach der Fichtestraße sowie umgekehrt geführt werden.

Jugendgerichtshilfe. Vorträge über aktuelle Fragen der Jugendfürsorge veranstaltet die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge während der ersten beiden Oktoberwochen in Berlin am Schinkelplatz 6. Sie sind als Unterweisungskurs für Helfer von Jugendgerichten gedacht und behandeln folgende Gegenstände: Vormundschaftsgerichtliche Fürsorge und Fürsorgeerziehung (Amtsgerichtsrat Dr. Köhne-Berlin), Strafschutzpflege gegenüber Jugendlichen (Landgerichtsdirektor Wamatsch-Berlin), Polizeiliche Maßnahmen, Schutzhaft, Polizeigewalt, Ausweisung usw. (Vortragender noch unbestimmt), die einschlägigen armenrechtlichen Bestimmungen und die kommunale Fürsorge der Stadt Berlin (Magistratsassessor Dr. Kiese-Berlin), die Jugendfürsorge in der bethelischen Arbeiterversicherung und im Gewerbegebiet (Hl. Gewerbeinspektor Dr. Vender-Westend), private Fürsorgestellen und -einrichtungen von Groß-Berlin und ihre Benutzung (Dr. phil. Albert Levy-Berlin). Die Vorträge finden am 5., 7., 9., 13., 14. und 16. Oktober abends von 9 bis 10 Uhr statt. Der Besuch des Unterweisungskurses ist für Helfer der Berliner Jugendgerichtshilfe unentgeltlich, die Helfer werden aber dringend gebeten, sich rechtzeitig wegen Erlangung einer Einloskarte bei dem Vertreter ihres Vereins in der Berliner Jugendgerichtshilfe oder der Berliner Gewerkschaftskommission Zimmer 12 anzumelden. Für sonstige Personen kostet die Teilnehmerkarte für den ganzen Kurs 2 M.; sie ist unmittelbar von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Berlin O., Wallstraße 89, oder durch einen der in der Jugendgerichtshilfe mitwirkenden Vereine oder, soweit noch Plätze vorhanden sind, vor Beginn des ersten Vortrages an der Abendkasse zu beziehen. Teilnehmer an einzelnen Vorträgen haben 50 Pf. bei der Abendkasse zu entrichten.

Ein furchtbares Unglück hat sich gestern im Hause Petersburger Straße 16 ereignet. Eine Frau Anders hatte sich auf den Weg gemacht, um Arbeit abzuliefern, und mußte ein fünfjähriges Mädchen und einen 1 1/2 Jahre alten Knaben zu Hause lassen. In der Abwesenheit der Mutter mußte sich das Mädchen an der Kochmaschine zu schaffen gemacht haben, denn es ertönte bald aus der Wohnung lautes Schreien. Ein beherrschter Hausbewohner schlug die Türöffnung ein. Beim Eintreten in die Wohnung bot sich ihm ein entsetzlicher Anblick dar. Das fünfjährige Mädchen war bis zur Unkenntlichkeit verbrannt, während der 1 1/2 jährige Knabe erhebliche Brandwunden erlitten hatte. Die gerufene Feuerwehr fand nichts mehr zu tun.

Dieses Kind ist auch ein Opfer unserer herrlichen Wirtschaftsordnung, die Vater und Mutter in ihren Dienst zwingt. Die Mutter, die mitarbeiten muß, um das zum Leben Notwendigste mit heranzuschaffen, kann sich keine Gouvernante zur Aufsichtnahme der Kinder halten, wie die Besthenden es können. In aller Eile muß sie zur Arbeit rennen und ist gezwungen, vielfach die Kinder

sich selbst zu überlassen oder der Aufsicht Erwachsener. So war es auch im vorliegenden Falle. Die älteren Geschwister waren in der Schule, die beiden jüngsten mußten allein zurückbleiben und schnell war das Unglück geschehen.

Vom Kottbuser besaßen wurde am Sonntag ein Gendarm in der Gegend von Friedrichsfelde. Dort liegen zwei Arbeiter auf freiem Felde einen amerikanischen Drachen steigen, der zwei Meter hoch und von roter Farbe war. Die Freude war eine kurze. Bald tauchte ein Gendarm auf und forderte die Arbeiter auf, den Drachen herunter zu holen. Dieser Aufforderung wurde zwar Folge geleistet, aber ihren Vers über diese staatsdretterische Tat haben sich die Arbeiter selbst gemacht. Ganz abgesehen von der Frage, ob der Gendarm ein Recht zu seiner Aufforderung hatte, beweist der Vorgang, um welche Angelegenheiten sich die Polizei kümmert. Sollte es nichts Nützlicheres für die Beamten zu tun geben?

Große Aufregung verursachte gestern die Verhaftung zweier Burken in der Hasenheide, eines wohnungslosen Schornsteinlegers Reich Kleinert und eines Drechslerlehrlings Wilhelm Burke. Ein Reisender, der über das Tempelhofer Feld ging, sah die Burken mit zwei kleinen Mädchen, noch Kindern, in das dicke Gehölz hineingehen. Dort vergingen sie sich an ihnen. Der Reisende benachrichtigte die Polizei, und ein befristeter Schutzmann sprengte in das Gehölz hinein, nahm die Übeltäter fest und brachte sie nach der Revierwache. Dieser Vorfall verursachte einen großen Menschenauflauf und allerhand Gerüchte. Die Verhafteten sollten die Kinder von Berlin aus nach der Heide geschleppt und gar die Absicht gehabt haben, sie dort umzubringen. So schlimm war es nun aber nicht. Die Kinder hatten am Rande des Gehölzes gespielt. Die Burken hatten sie durch Versprechungen weiter hineingelockt und unstillig berührt. Burke wurde von der Wache wieder entlassen, Kleinert dagegen von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter vorgeführt, weil er keine Wohnung hat.

Die städtische Gasdeputation hat gestern u. a. beschlossen, zur besseren und schnelleren Orientierung für das Publikum an den Laternenpfeilen, unterhalb der Laternen rote Schilder anbringen zu lassen mit Hinweisen auf die nächste Feuermeldestelle.

Die Wiatiker-Wache.

Bei den gestrigen Wettflügen wurde zunächst der Entfernungspreis und der Preis der Stadt Berlin ausgeschrieben.

Es starteten hierzu:

I. Rougier (Waisin-Doppeldecker) um 4 Uhr 7 Min. Seine einzelnen Resultate sind folgende: 1. Runde: 2 Min. 16 1/2 Sek. (Pfeifen falsch gerundet), 2. Runde: 4 Min. 35 1/2 Sek., 3. Runde: 2 Min. 25 1/2 Sek. (nicht beendet).

II. Baron de Caters (Waisin-Doppeldecker), der nach der zweiten Runde aus einer Höhe von 5 Metern abstürzte. Der Apparat erlitt einen Flügelbruch, der Führer blieb unverletzt.

Am den Geschwindigkeitsspreis bewarben sich:

1. Molon (Blériot-Eindecker), der um 4 Uhr 15 Min. startete. Er flog kurz hinter dem Ziel ab und landete bereits nach der ersten Runde.

2. Ratham, der um 4 Uhr 20 Min. dicht hinter dem ersten Pfofen abflog. 1. Runde: 2 Min. 25 1/2 Sek., 2. Runde: 2 Min. 26 1/2 Sek., 3. Runde: 2 Min. 30 1/2 Sek. (nicht ganz beendet).

3. Blériot, der um 4 Uhr 32 Min. startete. 1. Runde: 2 Min. 30 1/2 Sek. (beim Pfofen III gelandet). Beim nochmaligen Start um 4 Uhr 50 Min. erzielte Blériot folgende Resultate: 1. Runde: 2 Min. 35 1/2 Sek., 2. Runde: 2 Min. 35 1/2 Sek., 3. Runde: 2 Min. 34 1/2 Sek., 4. Runde: 2 Min. 37 1/2 Sek., 5. Runde: 2 Min. 37 Sek., 6. Runde: 2 Min. 55 Sek., 7. Runde: 2 Min. 48 Sek., 8. Runde: 2 Min. 10 Sek. Er legte also die 20 Kilometer betragende Strecke in 21 Min. 14 Sek. zurück.

Dann flog Rougier um den Geschwindigkeitsspreis, Entfernungspreis und Preis der Stadt Berlin sowie um den Höhenpreis.

Er startete 5 Uhr 2 Min. und erzielte folgende Resultate: 1. Runde: 2 Min. 55 Sek., 2. Runde: 2 Min. 52 Sek. (ersten Pfofen gestreift), 3. Runde: 3 Min. 1/2 Sek., 4. Runde: 3 Min. 2 Sek., 5. Runde: 2 Min. 52 1/2 Sek., 6. Runde: 3 Min. 3/8 Sek., 7. Runde: 3 Min., 8. Runde: 2 Min. 54 1/2 Sek., 9. Runde: 2 Min. 57 1/2 Sek., 10. Runde: 2 Min. 57 1/2 Sek., 11. Runde: 2 Min. 57 1/2 Sek., 12. Runde: 3 Min. 14 1/2 Sek., 13. Runde: 2 Min. 57 1/2 Sek., 14. Runde: 2 Min. 57 Sek., 15. Runde: 2 Min. 50 1/2 Sek., 16. Runde: 2 Min. 50 1/2 Sek., 17. Runde: 2 Min. 51 1/2 Sek., 18. Runde: 1 Min. 54 1/2 Sek. (nicht beendet).

Das Gesamtergebnis Rougiers ist also folgendes: 20 Kilometer in 23 Min. 30 1/2 Sek. (8 Runden) 44 1/4 Kilometer in 62 Min. 5/8 Sek. (18 Runden). Im Höhenpreis erzielte Rougier eine Höhe von 94 Meter.

Die offizielle Landungszeit dieses Wiatikers war 5 Uhr 58 Min., er ist somit im Ganzen ununterbrochen 51 Minuten in der Luft geblieben.

Um 5 Uhr 44 Min. nachmittags startete dann Ratham nochmals um den Geschwindigkeitsspreis. Er erzielte folgende Resultate: 1. Runde: 2 Min. 22 1/2 Sek., 2. Runde: 2 Min. 22 1/2 Sek., 3. Runde: 2 Min. 20 1/2 Sek., 4. Runde: 2 Min. 21 Sek., 5. Runde: 2 Min. 20 1/2 Sek., 6. Runde: 2 Min. 20 1/2 Sek., 7. Runde: 2 Min. 19 1/2 Sek., 8. Runde: 2 Min. 19 1/2 Sek., 9. Runde: 2 Min. 24 Sek., 10. Runde: 1 Min. (nicht beendet).

Gesamtergebnis:

23 1/2 Kilometer in 22 Min. 9/8 Sek. (10 Runden). Den Geschwindigkeitsspreis von 20 Kilometern (8 Runden) fuhr er in 18 Min. 45 1/2 Sek.

Im Geschwindigkeitsspreis startete schließlich Emilio Edwards auf seinem Waisin-Zweidecker. Nachdem er vier vergebliche Anläufe gemacht, gelang es ihm endlich um 6 Uhr abends mit seinem Apparat zu einer Versuchsfahrt hochzukommen. Die erste Runde ging glatt von statten, er legte sie in zwei Minuten 35 1/2 Sekunden zurück. Die 2. Runde durchflog er in zwei Minuten 34 Sekunden. Beim Beginn der 3. Runde stürzte Edwards mit seinem Flieger in einer Höhe von 5 Meter ab. Der Flieger blieb glücklicherweise unverletzt, während an dem Apparat das Rädergestell zerbrochen wurde.

Damit schlossen die Wettflüge am gestrigen Dienstag.

Feuerwehrrichtungen. In der Nacht zum Dienstag kam durch die Explosion einer Petroleumlampe in einer Wohnung in der Friedenstr. 22 Feuer aus, wobei eine Person leichte Verletzungen erlitt. In der Oranienstr. 22 brannte der Inhalt eines Zimmers im Erdgeschoss, wobei eine Menge Modewaren verbrannten. Der achte Zug löschte die Flammen mit einer Schlauchleitung. Vor dem Hause Schillingstr. 22/23 stand ein Automobil in Flammen, diese wurden von der Feuerwehr gelöscht. Das Auto mußte fortgeschafft werden; es war nicht mehr betriebsfähig. Am Dienstag früh um 6 1/2 Uhr brannten Teile eines Gerätes auf dem Reuben Königstraße 24 und etwas später Tempeliner Straße 5 Bodenverklänge mit Inhalt. Wegen einer Gasvergiftung wurde der achte Zug nach dem Kottbuscher Ufer 7 alarmiert. Dort hatte sich ein Mädchen mit Leuchtgas vergiftet versucht. Durch Einflößen von Sauerstoff wurde das Mädchen mit Hilfe des Dr. F. gerettet. Ferner hatte die Feuerwehr in der Fruchtstr. 75, Alexanderstr. 2, Mantuffelstr. 50 u. a. Stellen zu tun.

Die Kummelsburger Feuerwehr hatte einen größeren Dachstuhlbrand in der Kantstr. 24 zu löschen. Unterstützung von anderen Wehren gelang es den Brand auf diesen Dachstuhl zu beschränken. Der angrenzende Nr. 26 hat nur unbedeutend gelitten. Die Entstehungsursache ist noch nicht ermittelt.



# Vorort-Nachrichten.

## Schöneberg.

**Stadtvorordnetenversammlung.** Der Anstellung eines zweiten Schuldieners für die städtische Fortbildungsschule wird nach dem Referat des Stadtv. Magnan (Soz.) zugestimmt.

Die Vorlage betr. Herstellung einer elektrischen Kraft- und Beleuchtungsanlage auf dem Niesefeld wird zunächst einem Ausschuss überwiesen.

Eine weitere Vorlage des Magistrats fordert die Aenderung der Verkaufsflächen auf dem Gustav-Müller-Platz, auf welchem eine Kirche errichtet werden soll. Stadtv. Küter (Soz.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß der einzige Platz in der dortigen Gegend mit einem Baurecht bedacht worden ist. Man soll die Fläche, die doch die Lungen der Großstädte sind, möglichst erhalten. Redner bezweifelt auch, daß überhaupt ein Bedürfnis für den Bau einer Kirche in der dortigen Gegend vorhanden ist. Die Vorlage wird darauf gegen eine große Minorität angenommen.

Sodann teilt der Magistrat mit, daß er dem in der vorigen Sitzung angenommenen Antrage der sozialdemokratischen Fraktion (die Frage der Verbesserung des Wahlrechts auf dem Städtetage) seine Zustimmung erteilt hat. Rämmerer Mesowicz erklärt, daß auf dem Brandenburgischen Städtetage die offizielle Mitteilung gemacht worden ist, die Frage der Verbesserung des kommunalen Wahlrechts auf die Tagesordnung des nächsten Städtetages zu setzen.

Sodann folgt die Beratung des sozialdemokratischen Antrages:

Die Stadtvorordnetenversammlung richtet das Ersuchen an den Magistrat, bei den bevorstehenden Stadtvorordnetenwahlen die Wahlzeit für die dritte Abteilung auf einen Sonntag festzusetzen.

Gleichzeitig wird der Magistrat ersucht, für den 9. Wahlbezirk der dritten Abteilung zwei Wahllokale vorzusehen.

Stadtv. Wollermann (Soz.) führt in der Begründung des Antrages folgendes aus: Die Stadtvorordnetenversammlung hat sich wiederholt mit Anträgen auf Verbesserung des kommunalen Wahlrechts beschäftigt. Sie hat gefordert: Die Abschaffung des Hausbesitzerprivilegs, die Befreiung der Dreiklassenwahl, die Einführung der geheimen Wahl usw. Alles Forderungen, über die endgültig die Entscheidung im preussischen Landtag zu fallen ist. Hier handelt es sich aber um eine Verbesserung des Wahlrechts, die von den städtischen Körperschaften selbst vorgenommen werden kann. Im November 1907 ist bereits derselbe Antrag von der Stadtvorordnetenversammlung angenommen worden. Der Magistrat hat aber seine Zustimmung verweigert, mit dem Hinweis, daß sich die Aenderung eines Wahltermins auf einen Sonntag nicht empfiehlt, weil nach mehreren Erkenntnissen des Kammergerichts an solchen Tagen die Polizei in der Lage wäre, gegen die Verteilung von Wahlflugblättern und Stimmzetteln einzuschreiten. Dieser Grund zur Ablehnung ist aber ganz hinfällig. Bisher haben wir nichts davon bemerkt, daß die Polizei bei Wahlen, die doch heute schon des Sonntags stattfinden, eingeschritten wäre. In Schöneberg finden die Kaufmannsgerichtswahlen und die Kirchenwahlen des Sonntags statt. In Berlin werden auch die Gewerbe- und Gemeindevorordnetenwahlen des Sonntags vorgenommen. Warum sollten dann nicht auch die Stadtvorordnetenwahlen in der gleichen Weise vorgenommen werden können. Man soll den Wählern bei Ausübung ihres Wahlrechts möglichst entgegenkommen. Es gibt immer noch eine Reihe von Wählern, die sich in abhängiger Stellung befinden oder weit entfernt von Schöneberg arbeiten. Für letztere ist die Ausübung des Wahlrechts fast regelmäßig mit einer Einbuße am Arbeitslohn verbunden. In der jetzt noch herrschenden Wirtschaftslage sollte man das zu verhindern suchen dadurch, daß die Wahlzeit auf einen Sonntag verlegt wird. Redner bittet um Annahme des Antrages auch in seinem zweiten Teile. Die sonderbare Bezirksverteilung des Magistrats macht die Teilung des neunten Bezirkes notwendig.

Stadtv. Schneider (Unabh. Vereinig.) erklärt, daß seine Fraktion nur für den zweiten Teil des Antrages stimmen werde. Seine Fraktionskollegen sind dagegen, daß die Stadtvorordnetenwahlen des Sonntags vorgenommen werden. Der Sonntag gehört der Ruhe. Durch die Vornahme der Wahlen an einem Sonntag wird derselbe entheiligt. Die Kirchzeit müßte ja sowieso schon ausgeschrieben werden. Redner hält die Verlegung auf einen Sonntag für keine Verbesserung, da sich dann die Wähler nicht ihrer Familie widmen können.

Stadtv. Küter (Soz.) meint, wenn es dem Stadtvorordneten Schneider nur darauf angekommen ist zu reden, so hat er ja seinen Zweck erfüllt; was er gerade hat, ist allerdings ganz unzutreffend. Der Wahltag müßte als ein Feiertag betrachtet werden. Wenn in anderen Staaten die Wahlen durchweg des Sonntags vorgenommen werden, so müßte das auch hier möglich sein.

Stadtv. Starke (lib. Frakt.) gibt die kurze Erklärung ab, daß seine Fraktion den sozialdemokratischen Antrag für eine Verbesserung des Wahlrechts hält und deshalb für den Antrag stimmen wird.

Stadtv. Wollermann (Soz.) wendet sich noch gegen die Ausführungen des Stadtvorordneten Schneider. Die von ihm vorgebrachten Gründe widersprechen sich von selbst. Richtiger wäre es gewesen, wenn er mit den wahren Gründen hervortreten gewagt hätte. Die Fraktion des Herrn Schneider ist aber dafür, daß den Arbeitern die Ausübung des Wahlrechts möglichst erschwert wird. Der Beweis dafür ist von dem Herrn Schneider im Jahre 1906 gebracht worden, als der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion: die Wahlzeit für die dritte Abteilung bis 8 Uhr abends auszudehnen, zur Beratung stand.

Der Antrag wird darauf angenommen.

Der Magistratsvorlage betr. Errichtung von Schnee-Einwurfschichten wird nach kurzer Debatte zugestimmt.

Die Versammlung beschäftigte sich darauf mit den Einsprüchen gegen die Wählerliste. Es lagen 74 Einsprüche vor. Der Ausschuss empfahl 45 von diesen für berechtigt anzuerkennen.

Stadtv. Wollermann (Soz.) empfiehlt, auch in den Fällen, wo es sich um Steuerrückstände des vergangenen Jahres handelt, die Einsprüche für berechtigt anzuerkennen und nur die Rückstände des laufenden Steuerjahres bei der Rückaufnahme in Betracht zu ziehen.

Stadtv. Starke (lib. Frakt.) schließt sich diesem Antrage an, während Stadtv. Linicus (Unabh. Vereinig.) den Antrag für geschwibrig hält.

Die Mehrheit der Versammlung stimmte dem Antrage Wollermann zu und erklärte demgemäß 8 weitere Einsprüche ebenfalls für berechtigt. Insgesamt soll 54 Einsprüche stattgegeben werden.

Für die Umpflasterung des südlichen Fahrweges des Sachsenhammes werden die nötigen Mittel nachträglich bewilligt.

## Rixdorf.

**Von der Arbeit des Stodes.** Der Lehrer Harnad von der 13. Knaben-Gemeinde, den wir in Nr. 225 unseren Lesern als Erzieher mit dem Stode vorgestellt hatten, beklagt sich, daß ihm Unrecht geschehen sei. Er hat uns besucht und uns eine schriftliche Entgegnung überreicht, in der er angibt, der von ihm geprüfte Schüler L. habe seine zu Hause nicht angefertigte Hausarbeit auch in der Schule nicht selber angefertigt, sondern nur aus einem anderen Heft abgeschrieben, und habe zunächst alles bestritten. Hier überhört Herr Harnad die Bedeutung des von ihm selber erwähnten Umstandes, daß von ihm die Feststellung, L. habe abgeschrieben, erst jetzt — einige Tage nach jener Prüfergelegenheit und nach Veröffentlichung unserer Notiz — gemacht worden ist. Auf die Bemessung der Menge und Stärke jener Prüfergebnisse kann das doch keinen Einfluß gehabt haben! Herr H. versichert sodann, L. habe laut schreien, sich von vornherein nicht bilden wollen und — so schreibt er — da trafen die ersten Schläge nicht gut, und er erhielt einige mehr, als ihm zugehört waren. So erklärt er auch, daß Herr H. ihm gesagt habe: „Wärfst Du

manierlich gewesen, so hättest Du nur die Hälfte bekommen.“ Ausgenügt es, daß der Arzt 5-6 dicke, große, schwarze blutunterlaufene Stellen“ auf dem Gesicht festgestellt hat, abgesehen von einer „längeren blutunterlaufnen Strieme“ am Nackenballen und einer „Hautwunde“ am Finger. Daraus dürfen wir wohl schließen, daß wenigstens die folgenden Dinge — wir müssen annehmen: noch fünf bis sechs — „gut getroffen“ haben, wiewohl L. sie durch die „vorgehaltenen Hände abzuwehren suchte. Freilich will Herr H. das Urteil des Arztes nicht gelten lassen; er behauptet, L. sei nicht so schwächlich, daß er nicht Prügel, wie die empfangenen, hätte ertragen können. Hier wollen wir uns denn doch lieber auf die Angaben des sachverständigen Arztes verlassen, der in seinem Attest erklärt, daß „diese Schläge mit einer Festigkeit geführt sein müssen, die bei dem elenden Gesundheitszustand des Kindes wohl geeignet sind, die Gesundheit ernstlich zu gefährden“. Auf unsere Angabe, daß Herr H. die Kracht Prügel dem Jungen nur als „Klapp auf die Hosen“ bezeichnet habe, ist Herr H. in seiner schriftlichen Entgegnung mit keinem Worte eingegangen. Mündlich hat er aber auf Befragen und versichert, er habe das nicht gesagt. Kann uns jemand sagen, woher der Junge den von ihm seinen Eltern berichteten Ausdruck „Klapp auf die Hosen“ haben mag, der noch nicht recht in den Sprachschatz eines Elfjährigen hineinpast? Herr H. gibt weiter an, L. habe, wiewohl er sonst ein besserer Schüler sei, ihm gerade im Rechnen manche Mühe gemacht. Ueberflüssig ist seine Bitte, daß wir ihm attestieren möchten, er habe den guten Willen gehabt, den Jungen zu fördern. Das war gar nicht angezweifelt worden, und er hat hiermit auch nur seine Pflicht und Schuldigkeit. Wir wünschen nur, daß er sie ohne so nachdrücklichen Gebrauch des Stodes getan hätte.

**Taschendiebstahl** trübten seit einiger Zeit auf den Märkten und Kummelplätzen ihr Unwesen. Gestern ist wieder einer Frau D. aus der Kaiser-Friedrich-Straße auf dem Kummelplatz in der Urbanstraße aus der Manteltasche eine Börse mit Geld und einem Pfandschein über einen Ring auf den Namen Otto D. lautend, entwendet worden.

## Oris.

Eine Gasexplosion fand in der Schraubenfabrik von Rogge in der Jahnstr. 42 statt. R. befindet sich gegenwärtig auf dem Umzuge. Beim Abschrauben der Gasleitungen wurden verheerend einige Spundlöcher nicht gut verschlossen, infolgedessen drangen die Gas-mengen aus den Öffnungen heraus. Nachts, als R. mit seinen beiden erwachsenen Söhnen heimkehrte, bemerkte er einen starken Gasgeruch; um nun die Ursache festzustellen, begab er sich nach dem Fabrikraum und kontrollierte die Gasleitung. Dabei zündete einer der Söhne unvorsichtigerweise ein Streichholz an, im nächsten Augenblick erfolgte eine heftige Detonation. Einer der Söhne des R. wurde durch die Stichflamme getroffen und stand bald in hellen Flammen. Er zog sich schwere Brandwunden im Gesicht, am Kopfe und an der Brust zu und mußte nach dem Krankenhause gebracht werden. Die beiden anderen im Zimmer anwesenden Männer kamen mit unerheblichen Wunden davon.

## Mariendorf.

Bei der gestern stattgefundenen Gemeindevorstandswahl erhielt unser Kandidat Genosse Gänther 502 Stimmen, während auf den bürgerlichen Kandidaten nur 81 Stimmen entfielen. Am 29. findet die Fortsetzung der Wahl für den Ostteil Südende statt, die jedoch an dem Gesamtergebnis nicht viel ändern wird.

## Sichtenberg.

**Arbeiter, Parteigenossen!** Die Wählerliste liegt nur noch morgen von 9-3 Uhr nachmittags im Rathaus aus. Der bisher noch nicht Einsicht in die Liste genommen hat, der komme dem schnellsten nach, da er sonst bei den diesjährigen Ertragswahlen oder sonst entstehenden Nachwahlen nicht wählen kann. Verzuge jeder die Gelegenheit, sich sein Wahlrecht zu sichern. Wer selbst nicht einsehen kann, beauftrage eine der im ganzen Ort durch Plakatausgang kenntlich gemachten Stellen mit der Einsichtnahme. Wer nicht Armenunterstützung bezieht und die Steuern bis zum vierten Quartal 1908 bezahlt hat, muß in die Wählerliste aufgenommen werden.

## Röpenitz.

In der letzten Wahlvereinsversammlung erstattete Genosse Fischer einen eingehenden Bericht vom Parteitage; demselben folgte eine rege Diskussion. Zur Aufnahme in den Wahlverein lagen 29 Meldungen vor. Der Ueberstich vom Stiftungsfest weist 66 M. auf.

Der Bildungsausschuss hat für diesen Winter vorläufig folgendes Programm festgelegt: am 2. Oktober Jugendfeier; am 14. Oktober Theateraufführung, „Nora“ von Henrik Ibsen; 10. November Schülerfeier; 9. Dezember wissenschaftlicher Vortrag; 15. Dezember Märchenabend für Kinder; 2. u. 16. Januar Vortragsserien über „den historischen Materialismus“; 1. 8., 15., 22. Februar Vortragsserien über: Theorie und Programm der bürgerlichen Parteien. Sämtliche Veranstaltungen finden im Stadttheater statt. Für die Beschaffung der Sternwarten können Karten a 80 Pf. beim Dömann, Genossen Lesbre, Grünstr. 16, in Empfang genommen werden. Pflicht der organisierten Arbeiterkassen ist es, für diesen Winter eine lebhafte Tätigkeit zu entfalten. Die Jugendfeier am Sonnabend, den 2. Oktober, beginnt um 8 Uhr; der Eintritt ist frei. Das Programm ist im Rahmen der Kunst- abende gehalten.

## Schönow, Schönbrunn (Bez. Bernau).

Vom 1. Oktober ab wird der „Vorwärts“ den in Schönow, Schönbrunn und Jevernitz wohnenden „Vorwärts“-Abonnenten im Laufe des Vormittags durch die Zeitungsfrau zugestellt werden. Die in Berlin arbeitenden Leser, welche die Hefen 5<sup>te</sup> und 6<sup>te</sup> benutzen, erhalten denselben an der Bahn. Es ist erwünscht, so zeitig wie möglich den „Vorwärts“ beim Gen. Heinrich Profe, Partispedition, Bernau, Hohe Steinstr. 74, zu bestellen, damit keine Unterbrechung im Bezuge eintritt. Ferner nimmt Gen. Ludwig, Schönow, Dorfstraße, Abonnements entgegen.

## Soziales.

### Unberechtigter Entlassung.

Der Zigarettenarbeiter Lampel klagte gestern vor der 6. Kammer des Gewerbegerichts gegen den Fabrikanten Richterthal auf Zahlung einer Entschädigung von 30 M., weil er, obwohl ihm bis zum 1. September vom Beklagten Beschäftigung vertraglich zugesichert war, vorzeitig entlassen worden ist. Der Beklagte bestritt die Forderung in ihrer Höhe und glaubte, nicht entschädigungspflichtig zu sein, weil er auf dringendes Verlangen der Kommission seiner Arbeiter den Kläger nicht mehr als Heimarbeiter beschäftigen konnte. Dem Verlangen habe er entsprechen müssen, wenn er nicht als junger Anfänger bestritt werden wollte. Er habe den Kläger Beschäftigung im Betriebe angeboten. Diese sei von ihm abgelehnt worden. Der Kläger begründete seine Ablehnung damit, daß er nur eine halbe Arbeitskraft sei und nur gemeinsam mit seiner Frau etwas verdienen könne. Nach der vom Beklagten überreichten Lohnaufstellung stellt das Gericht einen Durchschnittsverdienst von 27 M. pro Woche fest und empfiehlt nach stattgefundener Beratung dem Beklagten, sich mit dem Kläger auf diese Summe zu einigen, um der Verurteilung zu entgehen. Der Kläger habe Anspruch auf Erfüllung seiner Vertragsrechte. Was die Arbeiterkommission mit dem Beklagten vereinbarte, berühre diese Rechte nicht. Der Vergleichsvorschlag wurde darauf angenommen.

### Keinstaatliche Schulzustände.

In dem schwarzburg-rudolstädtschen Orte Elzeben (unweit Erfurt) war der Lehrer längere Zeit krank, aber

ein Ausschulungslehrer war infolge des empfindlichen Lehrermangels nicht zu bekommen. Endlich sollten aber doch die unfruchtlichen Ferien ein Ende nehmen. Vor etwa zwei Wochen kam ein Stellvertreter aus Kessel an, der freilich recht schlimme Erfahrungen machen sollte. In der Schule wurde dem Stellvertreter ein Wohnzimmer nicht zur Verfügung gestellt, erst mit Hilfe des Bürgermeisters gelang es ihm, nach langem Suchen, eine Wohnung aufzutreiben. Nun hatte der neue Lehrer wohl ein Wohnzimmer, aber noch nichts zu essen. Im Gemeindegasthof erhielt er deshalb nichts, weil er nicht dort in einem nicht heizbaren Zimmer wohnen wollte. Auch verschiedene andere Veruche, den Lehrer zu befristigen, schlugen fehl und so mußte er, wenn er nicht verhungern wollte, dem Dorfe den Rücken kehren. Nur den Liebedienst erwies die Gemeinde dem nach eintägiger Anwesenheit wieder scheidenden Lehrer, daß sie ihn durch den Gemeinbediener nach dem Bahnhof bringen ließ. Und so hat Elzeben, ein Ort mit über 500 Einwohnern, einer Schule, Pfarrei, Apotheke, Arzt und zwei Gasthäusern, vorläufig wieder keinen Lehrer, weil er nichts zu essen finden kann.

Diese Ausführungen entnehmen wir der in Kranichfeld erscheinenden „Im-Bzg.“, einem Ordnungsblättchen, das sich auch „Publikationsorgan der Gemeindebehörden“ nennt.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein prügelnder Amtsrichter

Mühte sich gestern vor dem Strafrichter verantworten. Wegen Körperverletzung mittels hinterlistigen Ueberfalls war der Amtsrichter a. D. Gaebler vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte angeklagt. Der Angeklagte, welcher jetzt ein Rechtsbureau betreibt, ist in dem Hause Alte Jakobstraße 108 wohnhaft. Zwischen ihm und der über ihm wohnhaften Familie B. waren aus irgend einem Grunde Differenzen entstanden, die zu allen möglichen gegenseitigen Schikanen führten. Nach Ansicht des Angeklagten soll sich hierbei besonders das Dienstmädchen Lydia Krause herdoorgetan haben, welches bei der Familie B. in Stellung war. Um den Angeklagten zu ärgern, soll die K. häufig gerade über dessen Arbeitszimmer einen Heidenlärm, und zwar absichtlich verursacht haben, so daß er glaubte, die wilde Jagd sei losgefahren. Diese niedlichen Reibereien führten schließlich zu einer Katastrophe. Nachdem die K. wieder einmal in der tollsten Weise über dem Arbeitszimmer des Angeklagten rumort hatte, packte diesen die Wut. Als die K. bald darauf die Treppe hinaufkam, lief Gaebler hinter ihr her und veretzte ihr von hinten ein paar Ohrspeigen. Nicht genug damit, packte er das Mädchen dann noch, warf es zu Boden und stieß es mit den Füßen. Vor Gericht bestritt der Angeklagte, derjenige gewesen zu sein, der die Krause geschlagen habe und behauptete, das Opfer einer Personenverwechslung geworden zu sein. Die Verhandlung erbrachte jedoch den unzweifelhaften Beweis von der Schuld des Angeklagten. Mit Rücksicht auf die damalige Erregung des Angeklagten erkannte das Schöffengericht auf 100 M. Geldstrafe.

### Einen gerechten Wahrspruch

fällten die Geschworenen in einer Sitzung des Schwurgerichts am Landgericht III. Wegen Kindesmordes war das Dienstmädchen Margarete Kolb angeklagt. Die Verhandlung sollte wieder einmal die alte und trotzdem ewig neue Geschichte auf, in welcher eine schamlos Verlassene und Verragene schließlich zu einem verzweifelten Mittel greift, um den lebendigen Zeugen ihres Verfehls aus der Welt zu schaffen. Die K. war bei dem praktischen Arzt Dr. J. in der Reindorfstraße zu Charlottenburg als Dienstmädchen in Stellung. Sie trat mit einem Arbeiter Hand in Verlehn. Als sie Mutter zu werden begann, verschwand ihr Verhältnis. Als sich die K. dann nach dem Vater ihres Kindes erkundigte, erfuhr sie zu ihrem geneselosen Entsetzen, daß dieser schon in Spandau verheiratet und selbst Familienvater war. Die Verzweiflung der K. war nun groß und als sich ihre schwere Stunde nahte, befand sie sich, nach ihrer eigenen Angabe, in einem halb besinnungslosen Zustand. Von der Dienstherrschin hatte anfangs niemand etwas von dem Ereignis bemerkt. Erst einige Tage später machte man einen graufigen Hund. In dem Abort wurde die völlig geröstete Kindesleiche gefunden. Die Folge war die jetzige Anklage wegen Kindesmordes. — Zu der Verhandlung war der Gerichtsarzt Dr. Marg. geladen, der begutachtete, daß bei der Angeklagten in dem kritischen Augenblick eine Bewußtlosigkeit nicht vorgelegen habe, da sie sich selbst an die einzelnen Phasen des Verfalls genau erinnere und auch sonstige Momente, die auf eine geistige Minderwertigkeit schließen lassen, nicht zu konstatieren wären. Rechtsanwalt Dr. Marg. Kantarowicz hielt trotz dieses Gutachtens die Freisprechung der Angeklagten für geboten, da die Annahme sehr nahe liege, daß die K. in ihrer damaligen verzweifelten Situation nicht Herrin ihrer Sinne gewesen sei. Die Geschworenen verneinten auch die Schuldfrage, so daß die Angeklagte freigesprochen werden mußte.

Freigesprochen wurde von demselben Schwurgericht auch eine Plätterin Marie Sippel. Der Prozeß war schon einmal verhandelt. Die Todesursache des Kindes konnte nicht aufgeklärt werden.

### Der beleidigte Oberstleutnant.

Die Beleidigungsklage, die von der Staatsanwaltschaft gegen den praktischen Stadtsarzt a. D. Dr. Zimmermann (Königs-Wusterhausen) für den Amtsvorsteher Oberstleutnant a. D. Herbst (Königs-Wusterhausen) erhoben worden war (vgl. Verhandlungsbericht im „Vorwärts“ Nr. 223 vom 24. September), hat mit folgendem Urteil geendet, das am Dienstag in besonderem Termin verkündet wurde:

Der Angeklagte Zimmermann wird freigesprochen. Zur Begründung dieses Urteils führte der Vorsitzende des Gerichts (Landgericht II Berlin, Strafkammer 3) ungefähr folgendes aus:

Bezüglich der Aeußerung J. über G. es solle dahingestellt sein, aus welchen Gründen G. die immerhin einträgliche Stellung als Amtrentmeister nicht lange behalten habe, sei als erwiesen anzusehen, daß hierdurch dem G. der Vortour gemacht werden sollte, er habe aus ihm kompromittierenden Gründen seine Stellung aufgegeben. Das aber sei nicht erweislich wahr. Zwar sei erwiesen, daß nach einem gegen G. ergangenen Zahlungsbefehl infolge einer Anzeige des Amtsgerichts bei der königlichen Hofkammer eine Revision der damals von G. veranlaßten Amts- und Fortkasse zu Königs-Wusterhausen stattgefunden habe. Aber nicht erwiesen sei, daß G. Ausscheiden aus diesem Amt mit der Revision oder der Zustellung des Zahlungsbefehls zusammengehangen habe. Es sei also nicht erwiesen, daß er aus kompromittierenden Gründen ausgeschieden sei.

Mit dem anderen gegen G. sich richtenden Aeußerung J. die von „etwa“ entstandenen Äußerungen bei Wahlzettelverurteilungen“ sprach, habe nach Ueberzeugung des Gerichts J. nichts anderes behauptet, als daß eben übles Gerücht über G. entstanden sei. Das aber sei erwiesen. Darüber, ob es begründet war, sei nichts gesagt worden. Aber selbst wenn man annehme, J. habe das andeuten wollen, so liegt darin doch nur, daß G. bei der Aeußerung es an der erforderlichen Sorgfalt habe fehlen lassen. Und das sei erwiesen durch die Zeugen Wittköpff und Kruse und durch eigene Angaben G.s. Im besonderen sei Wittköpff in allem Glauben geschäftet worden, und ihm gegenüber könnten G.s bestrittene Angaben nicht in Betracht kommen.

Freigesprochen sei J. wegen beider Aeußerungen, auch wegen der ersten, weil beide zum Schutz von Rechten (in einer Antwort auf eine gegen ihn gerichtete Beschuldigung) gemacht seien, so daß ihm § 193 zugunsten sei. Mit Zug habe J. darauf hinzuweisen können, daß G. ihm feindselig gesinnt sei. G. habe mit einem offensichtlich aus persönlicher Leidenschaft herrührenden Eifer, der auch



nach vor Gericht herbeigeführt sei, eine gegen J. gerichtete Sache verfolgt. Daß J. bewußt durch seine Feindschaft sich habe leiten lassen, könne man nicht sagen, aber zum Ausdruck gekommen sei diese Feindschaft. Scharfen Angriffen habe dann J. eine scharfe Verteidigung entgegenzusetzen dürfen. Er habe sein Recht verteidigt, indem er ein gegen ihn von S. beigebrachtes Beweismittel als unerheblich darzustellen suchte, und das habe er nicht ohne Angriffe auf S. tun können.

**Der Bod als Gärtner?**

Frau Kehler betreibt mit ihrem Mann in Schöneberg, Belgischer Straße 8, ein Zigarrengeschäft und hat gleichzeitig die Hausverwaltung inne. Im April d. J. kamen zahlreichen Hausbewohnern vom Trockenboden und den Bodenverschlüssen Wäschestücke abhanden. Die K. ersuchte die Bewohner, etwas Obacht zu geben, damit den Dieben das Handwerk gelegt werde. Bald jedoch überfiel eine im Hause wohnende Frau die Verwalterin selbst bei einem Diebstahl. Sie wurde zur Anklage gebracht und ihr auch die anderen Diebstähle zur Last gelegt. In der jetzt vor der Strafkammer stattgehabten Verhandlung bestritt die Angeklagte ihre Schuld. Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt 6 Monate Gefängnis. Das Gericht ging jedoch mit Rücksicht auf den großen Vertrauensbruch über diesen Antrag hinaus und verurteilte die K. zu 9 Monaten Gefängnis.

**Aus der Frauenbewegung.**

**Versammlungen — Veranstaltungen.**

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Der Lichtbildervortrag über den Maler Hans Thoma und seine Stellung in der modernen Kunst findet nicht am 8. Oktober, sondern erst am 8. Oktober im Neuen Klubhause, Kommandantenstr. 72, statt. Gäste willkommen. — **Donnerstag, den 7. Oktober:** Bestätigung des Erziehungsheims in Zehlendorf. Treffpunkt 1/2 3 Uhr am Bahnhof Zehlendorf.

**Vermischtes.**

Vom Berliner Schnellzug erfaßt und getötet wurde gestern auf dem Bahnhof Schladow der 17 Jahre alte Posthilfsbeamte Trapp. Wie uns aus Stolp (Pommern) gemeldet wird, hatte der junge Mann gerade die Postkassen des Rügenwalder Zuges in dem Galetarren geholt. Beim Ueberfahren der Gleise blieb der Karren hinter der Schiene hängen, als kurz darauf der Berliner Schnellzug eintraf. T. wurde vom Zuge erfaßt und total zerstört.

**Folgeschwere Explosionen.**

Aus Bochum wird vom gestrigen Tage berichtet: In der Benzolreinigungsanlage der Zeche Lothringen in Gerthe hat in der vergangenen Nacht eine Explosion stattgefunden, die dadurch veranlaßt wurde, daß in dem im Keller der Benzolreinigungsanlage befindlichen Laboratorium Benzolgas sich gebildet und auf bisher unaufgeläuterte Weise entzündet hatten. Hierdurch entstand ein kleines Feuer,

wodurch ein Benzolkeffel erhitzt und zur Explosion gebracht wurde. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß die Kammern des Kessels die Betondecke des Bodens sowie die in der Nähe befindlichen Rohrleitungen und Verbindungsrohre durchschlugen. Gegen 4 Uhr früh war der Brand gelöscht. Die Zechefeuerwehr und die Wehr von Holschausen hielten durch Wassermassen die übrigen großen Benzolkeffel kalt, um weitere Explosionen zu verhindern. Die Aufräumungsarbeiten wurden heute morgen begonnen. Große Verwüstungen hat die Explosion an den Zechegebäuden, an den umliegenden Wohnhäusern sowie in der zirka 60 Meter entfernt liegenden Kolonie der Zeche angerichtet. In dieser Kolonie weisen fast sämtliche Häuser handbreite Risse auf. In mehreren Häusern sind die Zimmerdecken eingestürzt und die Türfüllungen und Fenster aus den Rahmen gerissen worden. Von den Zechegebäuden wurden besonders die Kondensationsanlage, das Maschinenhaus, die Lichtzentrale und das Verwaltungsgebäude arg mitgenommen. Eine Person wurde schwer, mehrere andere wurden leicht verletzt. Der verursachte Schaden ist ziemlich bedeutend.

Nach einer Meldung aus Pittsburg wurde durch eine Explosion infolge Entzündung von Kinematographenfilmen gestern ein achtstöckiges Gebäude zerstört. Viele Personen wurden verletzt.

**Tödlicher Unfall eines Monteurs der Firma Vorfis.** Flensburger Meldung zufolge stürzte gestern nachmittag auf dem Gelände der Flensburger Papierfabrik der Monteur Rischke von der Firma Vorfis-Ziegel vom Gerüst und verstarb alsbald.

**Katastrophe auf hoher See.**

Wie dem Reuterschen Bureau aus Rangoon gemeldet wird, ist der Dampfer „Clan Macintosh“ von der Madras Steam Navigation Company, zum Zwecke der Ausrüstung mit neuen Kesseln nach Kalkutta unterwegs, auf hoher See in die Luft geflogen, von der Besatzung des Dampfers, der nur dem lokalen Handelsverkehr diente, ist nur eine Person gerettet.

**Sozialdemokratischer Lehr- und Diskussionsklub „Selwich Heine“.** Heute abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Volze, Rodenbergstraße 8. Gäste willkommen.

**Lehr- und Diskussionsklub Baumgartenweg.** Heute abend pünktlich 9 Uhr: Sitzung im Lokale von Gdrgens, Baumgartenstraße 27. Gäste, eingeführt, haben Zutritt.

**Lehr- und Diskussionsklub „Südost“.** Heute abend 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Reibhardt, Gdrlitzer Straße 58. Vortrag: Die spanische Revolution. Gäste willkommen.

**Wöchentlich Marktbericht der Riddischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen.** Markttag: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft ganz still, Preise fast unverändert. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise im allgemeinen befriedigend. Butter und Käse: Geschäft still, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Saisongüter: Zufuhr reichlich, Geschäft wenig belebend, Preise wenig verändert.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 5, zweites Hof, dreimal wöchentlich, am 1. und 3. Samstag, abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Besuche und eine Sachfrage mitzubringen. Besondere Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung in Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

**S. P. 4.** Wir empfehlen die Offenbacher Krankenkasse für Frauen und Mädchen, Berlin, Brinjenstraße 66, bei Hing. Sie können innerhalb einer Woche nach ihrer Anmeldung der Charlottenburger Kasse als freiwilliges Mitglied beitreten. — **G. 24. 1.** Evidente Fachschule für Maler, Berlin, Langestraße 31. 2. Das richtet sich nach der Hausordnung der Anstalt. Versuchen Sie es doch einmal persönlich. — **G. 2. 16.** Ihre Meldung zu den Kurien wollen Sie Rüdertstraße 9, Berlin, anbringen. Auch die Kaufmännische Fortbildungsschule, Berlin, Neue Friedrichstr. 53/54 (Medungen von 12-2 Uhr), bietet das Semesterteil. — **P. 3. 250a.** Kassiererin C. Augustin, C. 19, Gertraudenstr. 10-12. — **G. 2. 86.** Geschäftliche Empfehlungen lehnen wir grundsätzlich ab. — **J. 27.** Sächsisch-Thüringische Gewerbeausstellung 1897. — **W. 301.** Elektrotechnische Zeitschrift, erscheint in Berlin; Verteilung durch die Post. — **M. 3. 5000.** Im Jahre 1890. — **M. 21. 24.** Entspricht die Einschätzung nicht Ihrem Einkommen, so müssen Sie sofort Einspruch erheben. Wegen der Steuerfreiheit während Ihrer Arbeitslosigkeit müssen Sie Steuerertrag beantragen. — **M. 2. 2553.** Postassistent 1650 bis 3300, Postkellner 1900 bis 4000, Postdirektor 3000 bis 7200 M. 2. Rein. Es muß den Kindern das Pflichten bleiben. — **C. 2.** Die Prozedur wird Ihnen ein Drehschlüssel sagen. — **S. 11. 41.** Wasserzufuhr zu Weidhies ist auf Grund des Rohrungsmittelgesetzes strafbar, könnte auch wegen Betruges erfolgen, weil der Käufer Weidhies und nicht Weidhies mit Wasser haben will. — **M. 2. 16.** Bei der ständesamtlichen Trauung können auch Frauen, ebenso ein Ehepaar und Verwandte der Brautleute als Zeugen fungieren. — **M. 2. 11.** Rein. — **J. 44.** Eine falsche Mitteilung in der Anmeldung ist strafbar. Die Strafbarkeit verfährt aber innerhalb drei Monaten. In Ihrem Falle, in dem in einem unwesentlichen Punkte andere Angaben gemacht sind, wird schwerlich Anklage erhoben werden. — **G. 5. 1.** Rein. 2. Ja. 4. Reklamieren Sie bei der Kirchengemeinde. — **W. 84.** Leider nein. — **Fris 39.** Und andere Kirchensteuerfragen. Wer im Jahre 1909 auf der Kirche eingeschrieben ist, hat die persönliche Kirchensteuer nur noch bis zum Schluß des Jahres 1909 zu zahlen. Er würde also mit Erfolg gegen eine Veranlagung wegen des ersten Quartals des Jahres 1910 reklamieren. — **G. 2. 16.** Haushaltungsschule des Leservereins, Berlin W., Viktoriapark 8, Koch- und Haushaltungsschule, Waldemarstraße 14. —

**Witterungsüberblick vom 28. September 1909, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. n. G. in C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. n. G. in C.
Stettin	765	SE	2	bedeckt	13	Wuppertal	761	SW	1	bedeckt	5
Dresden	767	D	1	Rebel	11	Petersburg	770	SW	1	Wolkenl.	1
Berlin	766	SW	2	Regen	12	Stettin	762	S	1	bedeckt	14
Kranz a. M.	766	ND	1	Rebel	8	Wien	765	SW	1	Regen	8
München	766	SW	1	Rebel	10	Paris	766	SW	1	Rebel	6
Wien	764	SW	1	Regen	12						

**Wetterprognose für Mittwoch, den 29. September 1909.** Bismlich kühl, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe und regnerisch bei meist schwachen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Adressbuch**

für  
**Berlin und seine Vororte**  
**1910.**

Die Hauslisten für den Jahrgang 1910 sind den Herren Hauseigentümern, bzw. Verwaltern zur Weitergabe an die verehrlichen Haushaltungsvorstände zugegangen. Letztere werden gebeten, die erforderlichen Angaben genau und deutlich in die Hauslisten einzutragen und diese so schnell wie möglich weiterzugeben. Diejenigen Gewerbetreibenden, denen eine besondere Eintragungskarte für ihr Gewerbe nicht zugestellt wurde, mögen auf sorgfältiges Ausfüllen der einzelnen Rubriken in der Hausliste achten, weil diese Angaben auch als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis benutzt werden. Da die

**Abholung der Hauslisten Sonnabend, den 2. Oktober,**

beginnt, so richte ich an diejenigen Haushaltungsvorstände, denen die Hauslisten bisher noch nicht vorgelegt wurden, das Ersuchen, bei ihren Hauseigentümern oder Verwaltern wegen der Liste Nachfrage zu halten und für eine schleunige Eintragung Sorge zu tragen oder mir ihre Angaben unverzüglich direkt zugehen zu lassen. Es empfiehlt sich, die Vorbestellung auf Adreßbücher gleichzeitig in die dafür vorgesehene Spalte der Hausliste einzutragen, da mit Schluß des Vorbestelltermins — 31. Oktober — der um 2 Mark höhere Ladenpreis eintritt.

Da die Bewohner der Reichshauptstadt das größte Interesse daran haben, das Adreßbuch so vollkommen und zuverlässig wie nur möglich gestaltet zu sehen, darf ich wohl erwarten, daß alle Einwohner durch genaue Ausfüllung der Hauslisten und durch deren schleunige Weitergabe die mühevollen und kostspieligen Zusammenstellungen unterstützen.

Berlin, den 28. September 1909.  
SW 68, Zimmerstraße 66-61.

**August Scherl.**

MAGGI's gute sparsame Küche. **Gute, billige Suppen** mit **MAGGI's Suppen**  **Schuhmarke Kreuzstern.** Man verlange ausdrücklich **MAGGI's Suppen** mit dem „Kreuzstern“. Ebenfalls köstlich schmeckend und gesalzen wie die besten Fleischsuppen.



